

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1925

21.2.1925 (No. 52)

Badischer Beobachter

Erscheint einmal täglich, auch Sonntags (als Morgenblatt). Beilagen: „Blätter für den Familienrat“, „Kunst und Wissen“, „Frauenrundschau“ und „Sterne und Blumen“. Schluss der Anzeigen-Nachnahme: nachm. halb 8 Uhr. — Druckerei: Badischer Beobachter, Postfach 100, Karlsruhe 4844. Fernr.: Geschäftsstelle 533, Redaktion 572. — In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Caillaux flugt an.

Paris, 20. Febr. Das Ereignis des gestrigen Tages ist das Bankett zu Ehren Caillauxs in Magie City. Es waren 2000 Personen, darunter 200 Parlamentarier anwesend. Von der Regierung hatte sich nur Malbiez und Moro Gjafferi eingefunden. Um 10 Uhr erhob sich Caillaux und ergriff das Wort zu einer langen Ansprache.

Er sagte u. a.: Es würde nicht meiner Würde entsprechen, wollte ich alle die Leiden, die ich erdulden mußte und die Demütigungen, die man mir während langer Monate zugefügt hat, wieder ins Gedächtnis zurückrufen. Aber die Nachhaken, die von der politischen Leidenschaft verblendet waren, haben ein teuflisches Vergnügen daran gefunden, einen früheren Ministerpräsidenten, obwohl ihnen seine Ehrenhaftigkeit bekannt war, in den Staub zu ziehen. Ich werde sie weder mit meinem Groll verfolgen, noch zu Repressalien meine Zuflucht nehmen, weil ich sie verachtet. Aber ich will ihnen eine Frage stellen: Ihr seid während langer Zeit die Herren Frankreichs gewesen. Ihr hattet die Gelegenheit, eure hochfliegenden Pläne zu verwirklichen. Was ist aus Frankreich geworden? An einen Satz Anatole Frances anknüpfend stellt Caillaux fest, daß der Krieg hätte vermieden werden können, wenn eine Politik der Verständigung zwischen den großen Nationen bei entsprechenden Zugeständnissen Frankreichs erfolgt und die Begründung der Vereinigten Staaten von Europa erreicht worden wäre. Was Esch-Verträge anlangt, so sei er dafür eingetreten, daß die beiden Provinzen in den französischen Mittelpunkt zurückkehrten. Aber es habe zwei politische Methoden gegeben, die einander entgegengesetzt waren. Die eine habe der wirtschaftlichen Entwicklung feinerlei Rechnung getragen und zum Kräftegefühl, die andere Politik habe auf die ständige Wahrung des Friedens abgezielt.

Seine politischen Meinungen, so fuhr Caillaux fort, sind bekannt und man kann sie beurteilen wie man will. Eine Tatsache steht aber fest: die sogenannte Politik der europäischen Wirklichkeiten der Männer, die nichts von dem modernen Wirtschaftsleben verstehen und die Verträge von Münster und Utrecht begeistert sich zum Vorbild auserwählt haben, war nur soweit gerechtfertigt, als sie zu keinem allzu folgenschweren Konflikt geführt hätten. Als dieser Konflikt aber eingetreten war, hätten die Leiter der Politik in ihrem eigenen Interesse die öffentliche Meinung zurückhalten und vor chaotischen Ueber-eilungen behüten müssen. Die Männer, die damals am Ruder waren, hätten, da sie außerstande gewesen wären, einen Sieg zu beherrschen, dessen Folgen sie erschreckten, nicht einen Augenblick die großzügige Verständigungspolitik mit dem Besiegten erwogen, die oft den glücklichen Abschluß militärischer Dramen bildete. Hier und da sei zwar schlichter angeandeutet worden, daß der Krieg nicht während des Friedens fortgesetzt werden könne, und daß auf dem Hof sich nichts Dauerhaftes aufbauen lasse. Man habe vorgezogen, eine Politik zu betreiben, die undefinierbar gewesen sei, da sie keine präzisen Zeitgedanken widerspiegeln. Die Politik gegenüber Ausland sei nicht weniger unglücklich gewesen. Frankreichs Staatsmänner hätten alles getan, um die Trennung zwischen dem Osten und dem Westen zu verschärfen. Man habe den Eindruck gehabt, daß ihr Ideal ein isoliertes, sogar von England abgegrenztes Frankreich bildet, während ein immer herzlicheres und innigeres Einvernehmen mit dem britischen Nachbar unbedingt notwendig gewesen wäre. Man wird mir nicht widersprechen, so betont der Redner, wenn ich behaupte, daß man auf lange Zeit Zeit unendlich viel Takt und viel Geduld und eine behutame Festigung an den Tag legen, daß man unheimliche Maßgebungen muß, um die Spuren einer so vollen Politik auszulöschen, die von Leichtfertigkeit und Schwäche getragen war, die abweisend sich durch Nachgiebigkeit, durch Herausforderungen und durch Unflugheiten auszeichnete.

Caillaux wandte sich dann den Finanzen zu. Ich möchte nur betonen, daß die dumme Formel „Deutschland wird bezahlen“ die verhängnisvollsten Folgen nach sich zog, da sie dazu führte, daß 47 Milliarden für Rechnung Deutschlands vorgestreckt wurden. Die Zahlungen für das Anbaugebiet werden 82 Milliarden demnächst betragen. 25 Milliarden sind noch zu zahlen. Les Schasamt ist außer Atem und die Obdachlosen Nordfrankreichs befinden sich in größter Not. Die Frage ist jetzt, ob die Verträge,

Marx zurückgetreten.

Das Vertrauensvotum abgelehnt.

Berlin, 20. Febr. Um 4.15 Uhr gibt Präsident Bartels im Landtage das Ergebnis der Abstimmung über den Vertrauensantrag der Regierungsparteien bekannt. Es sind 439 Stimmen abgegeben worden. Die Mehrheit beträgt 220. Auf Ja lauten 218, auf Nein 221. Damit ist also der Vertrauensantrag abgelehnt. Alle übrigen Anträge sind damit erledigt. Das Wort erhält sofort Ministerpräsident Marx zu einer kurzen Erklärung, in der er mitteilt, daß er angesichts des Abstimmungsergebnisses mit den sämtlichen Ministern zurückgetreten. Diese Erklärung wird auf der Rechten mit lebhaftem Beifall aufgenommen, an dem sich die Tribüne zum Teil beteiligt, auf der Linken mit großem Tumult.

*

Hierzu drahtet unsere Berliner Redaktion:

J. H. Berlin, 20. Februar.

Im preussischen Landtag kam es heute zu sehr erregten Zusammenstößen zwischen der Rechten und der Linken, die sich zu unbeschreiblichen Karmizenen auswuchsen, als das Abstimmungsergebnis über das Vertrauensvotum bekannt gegeben wurde, das mit dem Sturze der Regierung

die wir von unseren Feinden erhalten, nicht morgen von unseren Gläubigern mit Beschlag belegt werden. Die Zukunft ist von unendlichen Möglichkeiten erfüllt. 1920 habe ich auf die Bedeutung der interalliierten Schulden hingewiesen. Man hat mich nicht erhören wollen. Man beging einen Fehler nach dem anderen. Die Schuld daran tragen ausschließlich die Nationalisten. Es könnte der Fall eintreten, daß wir unseren Verbündeten mehr auszuhalten, als wir von unseren Feinden zur Wiedergutmachung der schrecklichen Verbrechen erhalten.

Das Echo in Paris und London.

Paris, 20. Febr. Die Presse weist auf die politische Bedeutung der Rede Caillaux hin, die vor allem eine Programmrede war und hebt hervor, daß die gestrige Veranlassung nicht nur den Abschluß der moralischen Rehabilitierung des gemeinsamen Ministerpräsidenten, sondern auch den Auftakt jenes politischen Wirkens bedeute. Bezeichnend für den Umschwung, der sich in der Öffentlichkeit zugunsten Caillaux vollzogen hat ist die abwartende Haltung der Rechts- und Links-Pressen, die im Gegensatz zu Herriot ihre Kritik an dem ehemaligen Ministerpräsidenten nur akademisch ausübt.

London, 20. Febr. Die Londoner Presse gibt die Rede Caillaux ausführlich wieder, nimmt aber nicht Stellung zu ihr. „Westminster Gazette“ bringt die Rede unter der Überschrift: „Triumph des Herrn Caillaux.“

Gemeinsame Wirtschaftsfront gegen Deutschland?

Paris, 20. Febr. Die „Information“ erklärt die Unterbrechung der französisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen bereits als feststehende Tatsache und kündigt an, daß die Verhandlungen am 15. März wieder aufgenommen werden. Das Blatt versucht in gewundenen Gedankengängen

Deutschland die Verantwortung für die Unterbrechung zuzuschreiben.

Der deutschen Regierung, so erklärt es, liege daran, Zeit zu gewinnen, um die Wirtschaftsverhandlungen bei einer allgemeinen Aussprache mit den Alliierten zu Kompensationszwecken offen zu halten. Trotz der Kompliziertheit und Verschiedenheit ihrer Interessen könnten sich aber die Verbündeten über eine gemeinsame Wirtschaftsfront gegenüber Deutschland schlüssig werden. Sämtliche Fragen, die Rumänien, Kolumbien, die Entmilitarisierung der Rheinlandzone, der Sicherheitsvertrag, die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, und die Wirtschaftsverhandlungen seien eng miteinander verknüpft. Es liege im Interesse der Deutschen, für den Augenblick

Marx endigte. Die Abstimmung ist durch das Fehlen einiger Zentrumsabgeordneter maßgebend beeinflusst worden. Im ganzen fehlten 6 Abgeordnete vom Zentrum, davon nur 2 wegen schwerer Erkrankung. Die in Berlin weilenden Abgeordneten Kennard und v. Karpen nahmen beide nicht an der Abstimmung teil. Im Anschluß an die Plenarsitzung des Landtags trat sofort die Zentrumsfraktion zu einer Sitzung zusammen, in der man sich mit dem Verhalten der beiden Abgeordneten beschäftigte. Die Fraktion faßte einstimmig folgenden Beschluß:

„Die Fraktion sieht nach dem heutigen Verhalten der Abgeordneten Kennard und v. Karpen, die durch ihr zweifelhaft abweisliches Fehlen bei der Abstimmung wesentlich zum Sturze des Kabinetts Marx beigetragen haben, keine Möglichkeit mehr, mit den genannten Herrn in der Fraktion zusammenzuarbeiten. Sie beauftragt daher den Vorstand, die beiden Abgeordneten unverzüglich zur alsbaldigen Niederlegung ihrer Mandate aufzufordern.“

Das preussische Zentrum gibt mit diesem Beschluß zu erkennen, daß es nicht gewillt ist, sich von dem einmal als richtig erkannten Wege abbringen zu lassen. In parlamentarischen Kreisen des preussischen Landtags verlautet heute Abend, daß Ministerpräsident Marx erneut als Kandidat für die Ministerpräsidentenwahl in Preußen aufgestellt wird.

keinen Wirtschaftsvertrag abzuschließen, um gewichtige Krämpfe für eine große Aktion in der Hand zu behalten. (1) Deutschland aber trage die alleinige Verantwortung für den auch nur vorübergehenden Fehlschlag der Wirtschaftsverhandlungen. (1)

Zu dieser Darstellung des Pariser Mittagblattes erfährt der Vertreter der Telunion von zuständiger deutscher Seite, daß die beiden Verhandlungsleiter gestern vereinbarten, eine fast gleichlautende Meldung an die Presse zu geben, in der die Möglichkeit einer Verhandlungspause angedeutet werden sollte. Die Franzosen scheinen nun darüber hinausgegangen zu sein. Ob die geplante Unterbrechung eintreten wird, hängt von dem Ausgang der heute zwischen Trendelenburg und Haynaldi stattfindenden Unterredung ab.

Japan und die neue Abrüstungskonferenz.

Paris, 20. Febr. „Daily Mail“ erfährt aus Tokio, daß Japan einer weiteren Abrüstung zur See nur bedingt zustimmen würde. Die Regierung habe beschlossen, eine weitere Beschränkung der Zahl der U-Boote und Zerstörer nicht zuzulassen.

Die Unterzeichnung der neuen Opiumkonvention.

Genf, 19. Febr. Die neue Opiumkonvention wurde heute Nachmittag von folgenden Staaten unterzeichnet: Griechenland, England, Holland, Japan, Serbien, Portugal, Siam und Ungarn. Griechenland und Ungarn haben mit Vorbehalt unterzeichnet. Man erwartet, daß weitere Staaten am Freitag oder Samstag unterschreiben, so Deutschland, Frankreich und andere. Deutschland wird mit dem bekannten Vorbehalt, daß es einen Sitz im Zentralbüro erhält, unterschreiben.

Die Kundgebung der Karlsruher Katholiken.

Karlsruhe, 20. Febr. Heute Abend beginnend um 1/9 Uhr mit weitestgehendem Orgelspiel fand die Kundgebung der Katholiken Karlsruhes gegen die in letzter Zeit auf Papsttum und katholische Kirche erfolgten Angriffe seitens des Evangelischen Bundes statt. Die Festhalle war bis zum letzten Platz mit einigen tausend Teilnehmern angefüllt. Die Eröffnungsansprache hielt Herr Finanzminister Dr. Köhler, der den Zweck der Kundgebung darlegte und sagte, daß nicht die Liebe Streit und Kampf, sondern zum Frieden diese imposante Versammlung zusammengerufen habe. Dann sprach Monsignore Münsterpfarrer Dr. Gröber von Konstanz in über einstündiger Rede über Rom im Krieg, Roms aktive Neutralität, Rom und der deutsche Zusammenbruch, und Rom in der Nachkriegszeit, um zum Schluß zu zeigen, daß wir Deutsche uns nicht entzweien sondern friedlich zusammenleben sollen und wollen. Er schloß mit einem rührend

warmen Bekenntnis zum armen deutschen Vaterland unter begeistertem Beifall. Die Katholiken Karlsruhes haben mit der Kundgebung gezeigt, daß sie den Frieden wollen, mit den anderen aber auch für sich selber und für ihre katholische Ueberzeugung.

Um die Abrüstungskonferenz.

Newyork, 20. Febr. In politischen Kreisen der Vereinigten Staaten beschäftigt man sich noch immer mit dem Man einer allgemeinen Abrüstungskonferenz. Auch die amtlichen Kreise haben jetzt zu der Abrüstungsfrage Stellung genommen und erklären, daß es an der Haltung Frankreichs u. Japans liege. Beide Staaten betrieben eine ausgesprochene Rüstungspolitik und vergrößern ständig ihre Untersee- und ihre Luftstreitkräfte. Frankreich rüste außerdem noch zu Lande und seine Armee sei heute die größte der Welt. Japan sei einer Abrüstungskonferenz durchaus abgeneigt, denn es könne nicht begreifen, daß es bei der Washingtoner Abrüstungskonferenz eine schwere Niederlage erlitten habe. Frankreichs schlechte Finanzlage werde dazu beitragen, eine Verringerung seiner Streitkräfte zu erwägen. Die Vernunft wird Frankreich zwingen, sein großes Meer abzubauen. Bevor eine allgemeine Abrüstungskonferenz einberufen werde, müsse man die Gewißheit haben, daß alle beteiligten Mächte bereit seien, ihre Luft- und Unterseeleistungen einzuschränken. Präsident Coolidge ist eifrig bemüht, nach der Einberufung der Konferenz die Zustimmung der betreffenden Staaten zu der Abrüstungsfrage zu erlangen. Er werde nur dann die Konferenz zum Herbst einberufen, wenn Frankreich und Japan ganz bestimmte Zugeständnisse in der Abrüstungsfrage gemacht haben. Sollte in den Vorbesprechungen mit den betreffenden Kabinetten eine Zustimmung zu dem Plane Coolidges nicht erzielt werden, so wird der Präsident keine Konferenz einberufen, im sie nicht einem Mißerfolg auszuweichen.

Eine englische Unterhaus-Anfrage.

London, 20. Febr. Im Unterhaus richtete der liberale Abgeordnete Kenworthy an die Regierung eine Anfrage über die vorgeschlagene internationale Abrüstungskonferenz im Juni. Chamberlain antwortete, daß die im Artikel 17 des Genfer Protokolls vorgesehene Konferenz davon abhängen, ob das Protokoll bis 1. Mai dieses Jahres von der Mehrheit der ständigen Mitglieder des Völkerbundsrats und 10 anderen Mitgliedern des Völkerbundes ratifiziert worden sei. Andernfalls stände es dem Rate frei, die Konferenz entweder zu verschieben oder abzuqagen. Er könne nicht voraussagen, ob die Ratifizierung bis 1. Mai erfolgen werde. Er wisse nur, daß alle mit dem Protokoll zusammenhängenden Beratungen um drei Monate aufgeschoben worden seien.

Hymans zur Abrüstungs- und Sicherheitsfrage.

Brüssel, 20. Febr. Hymans sprach gestern im Senat über die allgemeine politische Lage. Er wies einleitend auf das Ergebnis der Pariser Finanzkonferenz hin und unterstrich besonders die Tatsache der amerikanischen Mitarbeit an der Lösung des Reparationsproblems. Der Horizont habe sich aber noch nicht ganz aufgeklärt. Deutschland habe die Abrüstungsklauseln des Versailler Vertrages nicht erfüllt (1), was die Verlängerung der Besetzung des Rheinlandes rechtfertige. Die Verbündeten müßten auf der vollständigen Durchführung des Versailler Vertrages bestehen. In London seien einige Hindernisse aus dem Wege geräumt worden, aber es bleibe noch das große Problem der Sicherheit zu überwinden. Das Genfer Protokoll sei eine logische Folge des obligatorischen Schiedsspruchs. Das Genfer Protokoll könne daher erst in Kraft treten, sobald über die Abrüstungsfrage eine Verständigung zwischen den Mächten zustandegekommen sei. Der Unterhändler harrten noch große Schwierigkeiten. Gewissen Ländern bleibe der Vorwurf nicht erspart, dem Sicherheits- und Abrüstungsproblem nicht genügend Aufmerksamkeit zuzuwenden. England prüfe das Protokoll gegenwärtig und berate mit den Dominions. Man könne die öffentliche Meinung Englands nicht von der Regierung scheiden. Es sei nicht zweifelhaft, daß die englische Öffentlichkeit die Schwierigkeiten des Problems einsehe. Bis zur Anwendung des Genfer Protokolls müsse Belgien aus eigener Kraft auf seine Sicherheit bedacht sein, von der die Sicherheit Englands und Frankreichs in hohem Maße abhängen.

ele 30.

Witz 716

Reichstag und Ruhestredite.

Berlin, 20. Februar.

Am Regierungstisch: Außenminister Dr. Stresemann, Reichsfinanzminister Dr. von Schlieben. — Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20. Auf der Tagesordnung steht ein

Zusatzvertrag zum deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommen,

durch den die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich bis zum Abschluß eines Handelsvertrages auf breiterer Grundlage fester belebt werden sollen.

Abg. Dr. Lejeune-Jung (Dn.) empfiehlt im Namen des Ausschusses die Annahme.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann erklärt, daß auch für die Reichsregierung sowohl wirtschaftliche als auch politische Gesichtspunkte maßgebend gewesen seien. Es müsse alles getan werden, um die Beziehungen so eng zu gestalten wie nur irgend möglich. Der vorliegende Vertrag hat nur den Charakter eines Provisoriums. Wir haben noch nicht die feste Basis eines Zolltarifs, um ein Definitivum zu schaffen. Wir wollten möglichst der erste Staat sein, der mit unserem deutschen Nachbarvolke einen solchen Vertrag abschließt. Es kann sich hier nicht handeln um Geben oder Nehmen und um die Ermägung, wo der größere Vorteil ist. Wir würden es begrüßen, wenn überhaupt die Grenzmauern fallen. (Lebhafte Beifall.) Dann würden wir ein Wirtschaftsgebiet sein. Es würden enge und freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich bestehen. Das müßte der erste Gesichtspunkt sein, das sei wichtiger als wirtschaftliche Gesichtspunkte. Der Minister berweist dann auf die Schwierigkeiten im Grenzverkehr, die vielen nicht verständlich seien. Man habe sie damit begründet, daß politisch verächtliche Elemente ferngehalten werden sollen. Diese verstehen es aber, überall durchzukommen, aber die ehelichen Elemente verstehen es nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Bereits in der nächsten Woche werden in der hiesigen österreichischen Gesandtschaft Verhandlungen mit der Absicht der rechtmäßigen Aufhebung des sogenannten Grenzwandverkehrs zwischen Deutschland und Oesterreich stattfinden. Auch innerhalb der politischen Bindungen wollen wir alles tun, um die Einheit der Empfindungen zwischen den beiden Völkern auch gesetzgeberisch zum Ausdruck zu bringen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Silberding (Soz.) stellt fest, daß seine Freunde von jeder den Anschluß an Oesterreich wünschenden und den großdeutschen Gedanken vertreten haben, ebenso wie die Sozialdemokraten in Oesterreich.

Abg. Stöcker (Komm.) erhebt Einspruch, weil das Abkommen wieder auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten abgeschlossen worden sei, ohne Zustimmung des Reichstages.

Abg. Meyer-Berlin (Dem.) bedauert, daß der Anschluß Oesterreichs an Deutschland noch nicht erfolgt sei. Der Vertrag wird dann endgültig angenommen, ebenso die Vorlage zur Verlängerung des vorläufigen Handelsübereinkommens mit Portugal.

Die Ruhestredite.

Auf der Tagesordnung steht dann die Beratung der Denkschrift über die Reparationslasten und Schäden der Privatwirtschaft des Ruhr- und Rheingebiets und ihre Erstattung durch das Reich. Verbunden damit werden kommunizistische und sozialdemokratische Anträge auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Kredite der Ruhrindustriellen.

Reichsfinanzminister von Schlieben

leitet die Beratung ein. Er stellt fest, daß bei den Ruhestreditionen eine Etatsüberschreitung vorliege und erbitte dafür Indemnität. Er erklärt weiter, daß die Reichsregierung mit der Vorlage dieser Denkschrift und der Stellung dieses Antrages die Zusage einlöse, die sie dem Haushaltsausschuß gegeben habe. Der Minister stellt dann fest, daß zur Abklärung der Schäden während des Ruhrkampfes und nach dem Ruhrkampf namhafte Zahlungen bereits geleistet seien und in gewissem Umfange noch bevorstünden. Der Minister führte weiter aus, daß er sich jederzeit absolut klar darüber gewesen sei, daß die Verwendung dieser Mittel, für die ein ausreichender Posten im Haushalt nicht vorhanden war, dem Saure nicht erst nach der Prüfung der Rechnungen von 1924, also erst nach etwa zwei Jahren, mitgeteilt werden sollte, sondern daß sich der Reichstag sofort nach seinem Zusammentritt damit zu befassen haben würde. Gegenüber diesem Antrage auf Indemnität müßten die politischen Erwägungen in den Hintergrund treten. Es scheine nach der Veröffentlichung der Denkschrift hier und da der Eindruck entstanden zu sein, als ob die Reichsregierung mit dem Reichstag in einen politischen Kampf über die Tragweite gewisser Bestimmungen eintreten wolle. Der Finanzminister stellt ausdrücklich fest, daß das nicht der Fall

sei und daß der politische Wille der Reichsregierung sich in dem Antrage auf Indemnität darstelle. (Hört, hört.) Der Minister schließt mit der Erklärung, daß er sich auf diese Worte beschränke, weil die Angelegenheit ja noch im Ausschusse eingehend erörtert werden würde. (Zuruf links: Ist das alles?)

Abg. Dr. Gertz (Soz.) hebt hervor, daß der Weltkrieg die Kapitalmacht einiger Konzerne gewaltig habe anwachsen lassen. (Zuruf rechts: Barmat!) Wenn Barmat seine Geschäfte im Ruhrgebiet gemacht hätte, wäre er wahrscheinlich heute (zur Rechten) Ihr Nationalheld. (Heiterkeit rechts.) Es sei doch auffällig, daß ein Brief des Deutschen Bergarbeiterverbandes vom 17. Oktober, der sachliche Auffklärung verlangte, erst nach drei Monaten am 13. Januar beantwortet ist. (Stürmisches Hört, hört! links.) Die Denkschrift gebe keine Antwort auf die gestellten Fragen. (Reichsfanzler Dr. Luther erscheint im Saal.) Entsprechende Dokumente fehlen. Die Haltung der sozialdemokratischen Minister sei durchaus einwandfrei gewesen. Sie jetzt verantwortlich zu machen, wäre eine Vergeßlichkeit der Wahrheit. (Außenminister Dr. Stresemann unterbrecht: Das Kabinett hat am 20. Oktober einstimmig seinen Beschluß gefaßt, mit Einverständnis Ihrer Partei!) (Hört, hört! rechts.) Warum fehlt dann dieser Beschluß in der Denkschrift und warum schreibt denn Herr Stresemann am 21. Oktober an Sinnes, von der Anrechnung gewisser Steuern und Einstellung aller anderen Zahlungen des Ruhrgebiets? (Hört, hört! links.) Am 1. November erklärte Herr Stresemann nochmals, daß keine Zahlungen vor der endgültigen Regelung der Reichsfinanzen geleistet würden. (Hört, hört! links.) Bei der Regierung fühlt man das Bedürfnis, daß sie die auf ihr ruhende Verantwortung auf andere abwälzen will. (Unruhe rechts.)

Inzwischen ist ein Antrag der Deutschen Volkspartei eingegangen, der die Feststellung fordert, ob irgendetwelche Beträge gezahlt worden sind, für die eine Rückerstattung in Frage kommt.

Abg. Dr. Cremer (D. Vp.) gibt dann im Namen der Deutschnationalen, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei, sowie des Zentrums und der Wirtschaftlichen Vereinigung eine Erklärung ab, in der er darauf hinweist, daß von den früheren Regierungen gewisse rechtsverbindliche Zusagen gemacht worden seien, um die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Friedens im besetzten Gebiet zu ermöglichen. Ohne diese Zusagen wäre der wirtschaftliche Zusammenbruch des gesamten besetzten Gebiets mit Bestimmtheit zu erwarten gewesen. Die hinter dieser Erklärung stehenden Fraktionen betrachten diesen Schritt der Forderung der Indemnität als den durch die Reichsverfassung gebotenen. Sie sind dabei von der sicheren Erwartung getragen, daß die erforderliche Nachprüfung dazu führen wird, die Indemnität zu erteilen und die ergeben wird, daß die Maßnahmen durch die dringenden Verhältnisse geboten war, sowie ferner, daß die Finanzen des Reiches nicht gefährdet worden sind. (Rachen links.)

Reichsfanzler Dr. Luther

(von der Linken mit großer Unruhe empfangen) nimmt darauf das Wort. Der Reichsfanzler erklärte, das Klinge immer wieder so, als ob es sich hier nur um Kredite an die Ruhrkohle und wenige große Firmen handle.

Aus der Denkschrift ergebe sich, daß es sich bei den 700 Millionen um die Gesamtbeträge handle, die als Entschädigungen im besetzten Gebiet gezahlt worden sind. Die Zahl der Empfänger dieser Entschädigung umfaßt 4000. (Hört, hört! rechts.) Es handelt sich einfach um den Ertrag der durch Gewalt den Bewohnern der besetzten Gebiete weggenommenen Leistungen. (Widerpruch links.) Das Reich mußte, soweit es dazu imstande war, diese Leistungen erteilen. Auch Dr. Gertz hat mit Bestimmtheit ausgesprochen, daß Rhein und Ruhr nicht Reparationsproving werden dürften. Mit den Worten ist es aber nicht getan. Wenn man das will, muß man auch, wo es notwendig ist, entsprechend handeln. (Erneute Zurufe links. Zustimmung auf der Rechten.) Der zwingende Punkt war doch, die Arbeitslosigkeit im besetzten Gebiet zu verhüten und das Wirtschaftsleben im Gange zu halten. (Rärende Widerpruch links.) Der Kanzler bestritt, daß es zur Nachsicherung der Indemnität eines Anstufens von außen bedürfte. Schon in der ersten Sitzung des Haushaltsausschusses habe der Reichsfinanzminister dem Ausschusse in längerer Rede Auskunft gegeben. (Rärende Zurufe links: Und das Schreiben des Bergarbeiterverbandes?) Auf einem anderen anderen Wege konnte nicht verfahren werden, da der Reichstag nicht mehr zusammentrat. (Gelächter links.) Die Regierung hat sich bei dem Abschluß der Micumverträge darauf eingestellt, daß man etwa im Frühjahr zu geordneten Verhältnissen kommen würde. Tatsächlich ist der Lauf der Dinge erheblich langsamer gewesen. Es mußten darum andere Wege beschritten werden um das Wirtschaftsleben im Ruhrgebiet aufrecht zu erhalten. Auf verschiedene Zwischenrufe der Linken erklärt der Kanzler sehr erregt: „Sowohl

die Reichsregierung hat es damals auf sich genommen, das deutsche Volk durch die furchtbaren Verhältnisse hindurchzuführen. (Stürmischer Beifall rechts, Rärm links.)

Abg. Gertz (Soz.) ruft: Warum haben Sie uns damals nicht die Wahrheit gesagt? (Großer Rärm und Unruhe rechts.) Nach Abschluß des Londoner Abkommens ging der Reichstag in die Ferien. In dieselbe Zeit fällt die Herabsetzung der Umsatzsteuer, die Erhöhung der Beamtengehälter. Alles mußte geschehen ohne den Reichstag. Der Finanzminister sollte an den Reichstag herantreten, da kam die Kriegskriegs- und die Auflösung des Reichstags. Es wurde eine Steuerenkung vorgenommen ohne den Reichstag. Dann mußte die Frage der Ruhestreditionen erörtert werden. Sollte man der Regierung den Vorwurf machen, daß es ihr gelungen ist, im Laufe des Jahres die Reichsfinanzen zu sanieren? (Starker anhaltender Rärm links, rechts Ruhe!) Sollten wir die Zahlungen verweigern, nachdem das deutsche Volk in der Lage war, sie zu leisten. Waren die Zahlungen zu hoch? Der Reichsfanzler gibt dann einen zahlenmäßigen Rückblick. Der Kanzler stellt für die Finanzverwaltung fest, daß nur Zahlungen geleistet worden sind, zu deren Leistung nicht nur eine juristische, sondern auch eine politische Verpflichtung bestand. Die Regierung sei bereit, im Ausschusse über jede Einzelheit Auskunft zu geben und begrüße jede rechenerliche Nachprüfung. Es sei eine Freiführung der öffentlichen Meinung, wenn behauptet wurde, daß die Zahlen nur an einen Teil der Bevölkerung gegangen sind. (Beifall und Gänkeklatschen rechts, großer Rärm auf der Linken.)

Abg. Frau Gohlfe (Komm.) wirft der Regierung vor, sie habe den Reichstag ausschalten wollen. Dieser Reichstag sei allerdings keine Volksvertretung. Die Abgeordneten einzellich der Sozialdemokraten seien nur Marionetten der Schwerindustrie, ebenso wie die Regierung. Die Sozialdemokratie sei mitschuldig an dem Raubzug zu Gunsten der Schwerindustrie. Die Partei Bebels sei auf den „Barmathum“ gekommen. (Beifall bei den Kommunisten, Rärm bei den Sozialdemokraten.) Noch nie gab es einen schamloseren Arbeiterbetrug als den der Sozialdemokratie bei den Ruhestreditionen. Entweder hätten die sozialdemokratischen Minister von der ganzen Sache gewußt, dann seien sie mit verantwortlich — oder sie hätten nichts gewußt, dann seien sie Dummköpfe oder Eitel (Unruhe bei den Sozialdemokraten). Die Rednerin erklärt, die schuldigen Minister müßten ins Justizhaus. (Zuruf rechts: Und Sie in die Kaltwasserheilanstalt!) Den Sozialdemokraten ruft sie zu: Warum stirzt Ihr nicht die Regierung Luther. Wir werden die Massen aufreißend gegen diese Ebert-Luther-Republik. (Gänkeklatschen bei den Kommunisten.)

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) würdigt die schwierigen Verhältnisse im Ruhrgebiet, hält aber das Vorgehen der Regierung nicht für berechtigt. Es bestehe kein Zweifel, daß das Ruhrgebiet in einem gewissen Umfange entschädigt werden müßte, in der Denkschrift werde aber von den Summen, die der Ruhrindustrie durch die Lohnsenkungen und auf anderem Wege zugeflossen seien, nichts gesagt. Die entscheidende Frage war die Erhaltung von Rhein und Ruhr. Das Urteil über die richtigen Maßnahmen muß der Geschichtsschreibung überlassen werden. Zweifellos seien große Summen zu Unrecht an die Ruhrindustrie gezahlt worden. (Zustimmung links.)

Reichsaußenminister Dr. Stresemann gibt dann Auskunft über die Kabinettsbeschlüsse, die damals zur Frage der Ruhestreditionen gefaßt wurden. Auch am 8. Oktober war man noch der Meinung, daß eine Lösung herbeigeführt werden könnte, die eine derartige ungeheure Last nicht auf unsere Schultern legte. Solange diese Veruche nicht fehlerlos waren, konnte die Regierung nicht vor die Öffentlichkeit treten und sagen, daß sie die ganze Last übernehme. Es wäre dadurch eine unzulässige außenpolitische Situation entstanden. Der Minister bestritt, daß die Reichsregierung unter einem Druck der Schwerindustrie gestanden habe. Der Brief von Hugo Stinnes sei sämtlichen Mitgliedern des Reichskabinetts mitgeteilt worden. (Abg. und früherer Minister Sollmann bestritt das.) Wie denke man sich denn das? Bei einer Frage von solcher Bedeutung kann doch der Reichsfanzler nicht als Privatmann entscheiden; das ist doch ganz ausgeschlossen. Das ganze Kabinett ist selbstverständlich in Kenntnis gewesen über die ersten Anregungen von Sinnes, zu denen er auch nicht als Privatperson, sondern als Vertreter einer Sechserkommission gebeten hat. Die Reichsregierung hat auch erklärt, sie nehme es als selbstverständlich an, daß bei der in die Wege geleiteten Organisation allen Firmen der Zutritt gestattet werde. Am 20. Oktober hätte dann die entscheidende Kabinettsitzung stattgefunden. „Ich verstehe nicht“, so erklärte Stresemann, „wie sich ein innerpolitischer Kampf darüber erheben konnte, wer die Verantwortung zu tragen hat, denn in der damaligen Zeit war ein Fingergucken der deutschen Wirtschaft im besetzten Gebiet eine soziale, wirtschaftliche und politische Frage ersten Ranges für das Bestehen der Einheit des Deutschen Reiches. Darüber bestand keine Meinungsverschiedenheit im Kabinett, und auch darüber nicht, daß das Reich

auch jederzeit dann Garantien übernehmen müßte.“ (Zustimmung rechts.) Zu der entscheidenden Sitzung wurde nicht nur das Kabinett einberufen, sondern auch der preussische Ministerpräsident wurde gebeten, an der Sitzung teilzunehmen. Alle sozialdemokratischen Minister waren anwesend. (Erneutes Hört, hört rechts.) Der Minister erklärt, er habe in dieser Sitzung einen ausführlichen Überblick über die Lage der Ruhrindustrie gegeben und den Vorschlag der Ruhrindustrie erörtert, der wenigstens für die nächste Zeit eine Lösung brachte. Aus dem Protokoll der Sitzung ergebe sich ausdrücklich die Feststellung, daß das Reich die Verpflichtung zur Erstattung anerkannte. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Sie verziehen ja die ganze Sache!) Ich muß mir einen solchen Vorwurf ganz entschieden verbitten. Diese Feststellung war die Grundlage für die ganze Frage. (Lebhafte Zustimmung rechts, lärmender Widerspruch links.) Auch der Bergarbeiterverband hat uns damals in einer Entschädigung erwidert, die Sachleistungen zu bezahlen, da sonst die endgültige Abschmürung von Rhein und Ruhr nicht zu vermeiden sei. (Stürmisches Hört, hört! rechts.) Wir wurden aufgefordert, alles zu tun, um das zu verhindern. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Was soll das bedeuten?) Das bedeutet, daß die gesamte Arbeiterchaft damals von uns noch mehr verlangte, als wir gegeben haben. Die Übernahme der Sachleistungen war eine Unmöglichkeit. (Rärende Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Der Minister stellt fest, daß auch der Bergarbeiterverband damals gebeten habe, aus außenpolitischen Gründen seine Entschädigung nicht zu veröffentlichen. (Hört, hört rechts.) Der Bergarbeiterverband hat in einem Schreiben an mich erklärt, daß eine Veränderung in der Haltung der Reichsregierung das bundesstaatliche Chaos, den Bürgerkrieg und offenen Kampf mit Frankreich zur Folge haben könnte. (Hört, hört rechts.) Wir standen also, erklärt Dr. Stresemann, unter einem sehr starken Druck von verächtlichen Seiten. Wir haben damals der Industrie gesagt, sie solle zunächst für sich selbst sorgen durch ausländische Kredite. Es muß anerkannt werden, daß sie uns aus dem Dilemma herausließ, in der Zeit der finanziellen Zerrüttung. Das ist ein Beweis nationaler Denkers der Industrie, den man auch einmal anerkennen sollte. (Zustimmung rechts.) Zu den Vorschlägen von Sinnes haben sämtliche Kabinettsmitglieder ihre Zustimmung gegeben. (Hört, hört.) Ich habe am Schluß der Sitzung festgestellt, daß in dieser Frage Einmütigkeit bestehe; auch Sollmann hat sich einverstanden erklärt. Bei einer späteren Gelegenheit sprach er davon, daß eine andere Haltung die Aufkündigung des Rheinlandes von Berlin aus bedeuten würde. Auch der preussische Ministerpräsident Braum stimmte zu und hat nur, aus Gründen der Mentalität den Namen Sinnes nicht zu nennen. Erst bei der Behandlung der Einzelheiten erklärte Schmidt in der vorletzten Kabinettsitzung, an der er teilnahm, er könne zu den Einzelheiten nicht Stellung nehmen, da er zu den Vorbereitungen nicht zugezogen worden sei. Sollmann hat, die Stellungnahme der Sozialdemokraten als Stimmenthaltung angenommen. Der Grundlage des Vorgehens hätten aber die sozialdemokratischen Minister zugestimmt. Aus außenpolitischen Gründen sei die Regierung zu der Leberzeugung gekommen, daß auch mit Reichsgeldern eingegriffen werden müsse. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Gertz (Soz.): Redner fragt, warum der preussische Ministerpräsident bei den Auszahlungsbefehlen nicht zugezogen worden sei. Das Handeln der Regierung sei empörend, da sie wußte, daß die ganze Schwere der Sanierungsarbeiten von den Lohn- und Gehaltsempfängern getragen wurde. Die ungleichmäßige Behandlung, die die Grundlage dieser Reichsregierung sei, müsse größte Erbitterung hervorrufen.

Abg. Scheller (Komm.) wirft der Sozialdemokratie vor, daß sie mit der Schwerindustrie zusammengespült habe.

Abg. Schmidt (Soz.), der frühere Reichswirtschaftsminister stellt fest, daß das Wiederaufbauministerium an den Verhandlungen nicht beteiligt wurde, obwohl es die gesamten Kohlenlieferungen an die Entente zu verwalten hatte. (Hört, hört links.) Der Redner fragt den Außenminister, ob es richtig sei, daß Sinnes an ihn oder einen anderen seiner leitenden Beamten mit dem Wunsche herantreten sei, daß der sozialdemokratische Minister Schmidt nicht beteiligt werde. (Stürmisches Hört, hört links.) Der Redner stellt weiter fest, daß die Vorlage, die am 1. November im Kabinett erlegt wurde, auch vorher den sozialdemokratischen Ministern nicht zur Kenntnis gebracht worden sei. Außenminister Dr. Stresemann erwidert, daß Sinnes mit einem Wunsche, den Wiederaufbauminister an den Verhandlungen nicht zu beteiligen, weder an ihn, noch sonst irgend einen leitenden Beamten der Reichsfinanzlei herantreten sei. Er würde ein solches Ansuchen auch zurückgewiesen haben. Damit schließt die Aussprache.

Der Antrag auf Einsetzung des Untersuchungsausschusses von 21 Mitgliedern wird angenommen.

Das Haus verlegt sich darauf auf 2. März nachmittags 3 Uhr.

Auf der Tagesordnung: Haushalt des Reichsinnenministeriums.

Schluß nach 4 Uhr.

Fragmentary text from the right edge of the page, including words like "Streich", "Pr", "D", "Min", "Sch", "W", "erach", "sterie", "ange", "w", "mar", "un", "zu", "Sie", "Beran", "jere", "Zhren", "der A", "he i", "haben", "gen", "verfol", "unfer", "sofen", "genden", "De", "u n", "e", "einer", "Sache", "Gründ", "Regier", "derank", "Som?", "der S", "getroff", "eine", "h e n", "das", "das", "die", "den", "ber", "wel", "bis", "um", "außer", "sicher", "Hat", "seitens", "tuge", "in", "dies", "chen", "Zhen", "vom", "W", "nesweg", "handt", "im", "Geg", "schlossen", "Achtung", "stioner", "fester", "länalich", "griffen", "zur", "Sti", "oder", "vor", "gen", "mit", "auf", "die", "legen", "a", "den", "d", "Leg", "w", "Gemi", "g e", "einige", "der", "Kam", "heit", "und", "treten", "nicht", "zu", "Eingreif", "Beweis", "als", "an", "getroffen", "Gen", "16)", "Zwei", "Georg", "W", "schlossen", "nung", "zu", "Chef", "gen", "„Sie", "Arbeit", "e", "ganz", "alle", "nicht", "nad", "lichkeiten", "Georg", "nicht", "an", "aus.“, „Nun“, „rat“, „ich“, „Wir“, „mü“, „Sache“, „ge“, „gebroche“, „Ich“, „mieren“, „di“, „würst“, „fie“, „findung“, „damit“, „wi“, „Sind“, „Es“, „Preis“, „richtig“, „Firma“, „h“, „gereicht“, „„Nein“, „einberst“, „merzierr

Frankreich und der Vatikan.

Protest der französischen Kardinal.

Die französischen Kardinal haben an den Ministerpräsidenten Herriot folgendes Schreiben gerichtet:

Herr Ministerpräsident!

Wir haben es kürzlich für unsere Pflicht erachtet, Sie auf einige Punkte Ihres ministeriellen Programms hinzuweisen, die dazu angetan schienen, die katholischen Gewissen zu beunruhigen. Unser einziges Ziel dabei war, in der Heimat den inneren Frieden und im Ausland das Ansehen Frankreichs zu schützen. Bezüglich eines Punktes haben Sie, Herr Ministerpräsident, bereits die Verantwortung dafür übernommen, über unsere dringenden Bitten hinwegzugehen. Ihrem Drängen gefügig, hat die Mehrheit der Kammer unsere Gesandtschaft beim St. Stuhl aufgehoben. Wir haben mit tiefer Betrübnis die Verhandlungen über diese bedeutsame Angelegenheit verfolgt; die Schlussabstimmung hat uns in unseren Gefühlen als Katholiken und Franzosen tief verletzt, und zwar aus folgenden Gründen:

Der Bruch mit dem St. Stuhl ist unverantwortlich. Die Aufhebung einer Gesandtschaft ist eine schmerzvolle Sache. Wo sind im vorliegenden Fall die Gründe dafür? Hatte nicht die französische Regierung die Initiative ergriffen zur Wiederanfnahme offizieller Beziehungen mit Rom? Welche Neuerung, welcher Akt, welcher Schritt des St. Stuhles könnte die jetzt getroffene Maßnahme entschuldigen? Und eine solche zu treffen ohne vorhergehende Benachrichtigung, bedeutet das nicht die Sinntilgung einer bedauerlichen Unkorrektheit? Es ist dies das erste Mal in der Geschichte, daß ein solches Vorworf in den Annalen der Diplomatie zu verzeichnen ist. Es gibt gewisse Regeln, welche die Regierungen und ihre Kanzleien bis jetzt gewissenhaft beobachtet haben. Warum muß gerade Frankreich zuerst sie außer Acht lassen? Man wird diese Tatsache sicher zu unserem Schanden ausbeuten.

Hat man mangels einer Herausforderung seitens des St. Stuhles wenigstens stichhaltige Gründe für den Plan des Ministeriums ins Feld geführt? Es dürfte schwierig sein, diese Auffassung zu vertreten. Die angeblichen Erfordernisse des Laientums, die von Ihnen betonte Notwendigkeit, das Geistliche vom Weltlichen zu trennen, verhindern keineswegs die Aufrechterhaltung einer Gesandtschaft beim Vatikan; sie fordern diese im Gegenteil von einer Regierung, die entschlossen ist, im Falle eines Konfliktes die Achtung vor den gesetzlich anerkannten Konfessionen zu sichern. Sie selbst, Herr Ministerpräsident, haben anscheinend die Unzulänglichkeit dieses ersten Beweggrundes begriffen, da Sie es für notwendig hielten, sich zur Stützung Ihrer Auffassung auf irrtümliche oder der Wiederanfnahme der Beziehungen mit Rom liegende Ereignisse zu berufen, auf die Gefahr hin, die Katholiken zu verletzen, auf unbegründete Beschwerden, die bereits vollständig widerlegt wurden.

Gemäß sind die Proteste nicht vergeblich gewesen. Die Redner, und zwar einige äußerst beredt, haben vor Ihnen und der Kammer die Sache der politischen Weisheit und der nationalen Ueberlieferungen vertreten. Wir bedauern lebhaft, daß sie Sie nicht zu überzeugen vermachten. Aber ihr Eingreifen war nicht umsonst: viele ihrer Beweisgründe bleiben unüberwindlich bestehen als andauernder Protest gegen die getroffene Entscheidung; sie geben uns die

hoffnung auf eine Wiedergutmachung viel leicht schon in naher Zukunft, die unsere Vaterlands liebe und unseren Glauben mit stolzer Freude erfüllen würde. Diesem Proteste, zäh wie die Wahrheit und Gerechtigkeit, haben wir den unjüngeren hinzufügen wollen in unserem eigenen und im Namen aller Katholiken Frankreichs. Keine Gerechtigkeit mischt sich hinein; er entzündet vor allem unserem tiefen Schmerz, dem Schmerz darüber, Regierung und Kammermehrheit die Ehrfurcht vor dem St. Stuhl vergehen zu sehen; dem Schmerz darüber, den dem Lande so notwendigen religiösen Frieden aufs neue gestört zu sehen; dem Schmerz endlich darüber, daß Frankreich nun bald einen Posten aufgeben wird, wo es so lange den ersten Platz einnahm, es sich vom Zentrum der Weltkirche abschließen zu sehen. Diese schmerzliche Trennung kann durch die Ernennung eines Bevollmächtigten für Elab-Lothringen nicht gutgemacht werden.

Gebete Gott, daß dieses Preisgeben unserer Ueberlieferungen nicht Katastrophe werde! Wir haben noch einige Hoffnung, daß sich im Senate eine Mehrheit von Männern findet, die genug Vaterlands liebe und Unabhängigkeit besitzen, um die Interessen Frankreichs über die Parteipolitik zu stellen. Das ist der Wunsch aller klarschauenden Franzosen und aller treuen Katholiken. Es ist auch der unsere, ebenso begründet wie unser Protest, ebenso aufrichtig wie unser Schmerz.

Genehmigen Sie, Herr Ministerpräsident, den Ausdruck unserer Hochachtung, L. S. Joseph, Kardinal Lucon, Erzbischof von Reims; Paulinus, Kardinal Andrieu, Erzbischof von Bordeaux; Ludwig, Kardinal Dubois, Erzbischof von Paris; Ludwig-Joseph, Kardinal Maurin, Erzbischof von Lyon; Alexius-Hermann, Kardinal Chaillot, Erzbischof von Rennes; Stanislaus, Kardinal Douhet, Bischof von Orleans.

Herriots Antwort.

Der französische Ministerpräsident hat in Beantwortung des Briefes der Kardinal ein Schreiben an den Kardinal Dubois in Paris gerichtet, worin die Frage der vatikanischen Botschaft als eine politische bezeichnet wird, die mit der Bekenntnisfrage nichts zu tun habe. Herriot erklärte, daß die Regierung die Achtung vor dem Schreiben hochhalten werde, wenn auch ihre Handlungen oft tendenziös ausgelegt würden.

Ein Abendgottesdienst in der evangelischen Friedenskirche in Kehl.

Wenn ich mit Menschen- und Engeln reden, es fehlt mir aber die Liebe, so bin ich nur ein klingendes Erz und eine klingende Schelle. 1. Kor. 13.

Am letzten Montag riefen die Glocken der Friedenskirche unsere protestantischen Mitbürger zu einem Abendgottesdienst zusammen, als dessen Mittelpunkt eine Rede des Generalsekretärs des Evangelischen Bundes, Vic. Bräunlich, angekündigt war über das Thema „Unsere evangelische Sache“. Es war mir von Interesse, von einem, den ich seiner Stellung nach als Fachmann und als den Berufenen betrachtete, über das Wesen des Protestantismus Aufschluß zu erhalten. Ist es ja heute nicht mehr wie ehemals, daß die beiden christlichen Konfessionen achlos aneinander vorbeigehen und daß sich keine um die andere kümmert. Die Geschehnisse der letzten Jahre haben den Anstoß dazu gegeben, daß sich alle, die sich Christen nennen, auf das gemeinsame Erbe und die gemeinsame Aufgabe besinnen. Und

so bemüht man sich auf beiden Seiten, einander kennen und dann verstehen zu lernen, um in gegenseitiger Achtung gemeinsam zu kämpfen um die hohen Güter der christlichen Ideale, die heute von so vielen Feinden bedroht sind. Weil ich der Ueberzeugung bin, daß die beiden Konfessionen sich diesen gegenseitigen Liebesdienst schulden, bin ich am Montag Abend dem Ruf der Glocken in die Friedenskirche gefolgt, um die angekündigte Rede zu hören. Ich habe eine fürchtbare Enttäuschung erlebt, die mich umso bitterer schmerzt, als ich eine tiefe Liebe zu unserem Volke im Herzen trage.

Als die Glocken verstummt waren und die Kirche sich gefüllt hatte, klang von der Empore von einem gut geschulten Chor ein stimmungsvolles Lied und weckte in allen, die gekommen waren, eine weiche Sehnsuchtsstimmung nach dem Frieden in Gott. „Ich suche dich...!“ So klang es in die Herzen hinein, und auf den Gesichtern sah man das Gleiche ausgebrüht: die Sehnsucht nach einer Stunde des Friedens, einer Stunde Erhebung aus den Nöten des Alltags. Das suchten sie sicher alle, die sich an der Stätte des Friedens nach des Tages mühsamer Arbeit zusammengefunden hatten.

Und nun! Der Prediger hatte inzwischen die Kanzel bestiegen und ein kurzes Schriftwort verlesen. Dann begann er seine Rede. Es fiel mir schwer, mir bei allem, was ich da hörte, dessen bewußt zu bleiben, daß ich in einer Kirche war, in einer christlichen Kirche, in der doch die Liebe die Herrschaft führen soll, die des wahren Christentums Wesens kern bedeutet, in einer Kirche, die den schönen Namen „Friedenskirche“ trägt. Was der Redner sagte, war sicher nicht dazu angetan, den Herzen derer, die unter der Kanzel saßen, Frieden zu bringen. Die Rede hat nicht nur für den Abend ihren Zuhörern den Frieden nehmen müssen, sie hat auch — und darum spreche ich hier darüber — dem friedlichen Zusammenleben der evangelischen Gemeindeglieder mit ihren katholischen Mitbürgern nicht wenig geschadet. Kein Wunder drum, wenn ich schon diese Woche von einem Katholiken zu hören bekam, daß er in einem protestantischen Hause ein entsetzliches Schimpfen über die Katholiken über sich ergehen lassen und den Anspruch hören mußte: „So, nun wissen wir, was wir von den Katholiken zu halten haben!“ Das ist ein kleines Bild von der Wirkung, die der Vortrag auslöste. Und gerade unter diesem Gesichtspunkt ist die Hegearbeit des Evangelischen Bundes, die in diesen Tagen in allen Ortshäusern des Saualandes weiterbetrieben wird, schon vom Standpunkte des aufrichtigen Freundes unseres Volkes aus aufs tiefste zu bedauern und aufs schärfste zu verurteilen. Jeder edel denkende Mensch wird diesem Urteil beistimmen müssen. Ich bekam auch am Morgen nach dem Vortrag von protestantischer Seite ein gleiches Urteil zu hören von einem, der meinte: „So etwas gehört verboten!“

„Unsere evangelische Sache“ war als Thema des Vortrages angekündigt und hernach war in einer Zeitungsnotiz berichtet worden, der Redner habe ein Bild von dem „religiösen Denken und sittlichen Handeln im Protestantismus“ gegeben. Ich habe den ganzen Vortrag mit Aufmerksamkeit angehört und ein Stenogramm darüber liegt vor mir. Aber ich könnte nicht sagen, daß man aus dem, was gesagt wurde, ein Bild der „evangelischen Sache“ vor allem nicht über „das religiöse Denken und sittliche Handeln des Protestantismus“ hätte bekommen können. Höchstens allerdings dann, wenn „evangelische Sache“ gleichbedeutend ist mit Kampf gegen Rom und einer verzweifeltsten Angst vor der rührigen Arbeit des Jesuitenordens. Was von der evangelischen Sache dargestellt wurde, war lediglich das: ihr

Fiasco! Nicht daß über Rom und Jesuiten gesprochen wurde, kann dem Redner verübelt werden. Warum sollte ein protestantischer Religionsdiener nicht das Recht dazu haben, vieles, was uns Katholiken heilig ist, mit anderen Augen zu sehen als wir? Aber die Art, wie zu unseren evangelischen Mitbürgern hier über diese Dinge geredet wurde, können wir Katholiken uns entschieden verbitten. Hier nur einige Proben von der bedauerlichen Darstellungsweise des Redners.

Der Papst ist ihm natürlich nichts anderes, als die Verkörperung brutaler Herrschgier, der aus purer Herrschgier heraus „beansprucht, von der Christenheit als Gottes Stellvertreter, gewissermaßen als Herrgott auf Erden betrachtet zu werden“, der „italienische Priesterkönig“, der nichts anderes will als herrschen und dem die „Vernichtung des deutschen Luthertums“ Herzenssache ist. „Dieses ganze Jahr steht unter dem Zeichen des Papstes, der ein eigenes Gebet vorge-schrieben hat zur Vernichtung der evangelischen Sache, es ist das heilige Jahr, wo tau-sende von Pilgern an den Gräbern der Apo-stel beten um die Vernichtung des deutschen Luthertums“. Und doch könne nur am „Geist des Luthertums unser deutsches Volk wieder groß werden.“

Als Hauptfeinde der evangelischen Sache erscheinen die Jesuiten. Man muß es gesehen und gehört haben, was für einen fürchtbaren Haß diese fürchterlichen Menschen, die Jesuiten, in dem Redner hervor-gebracht haben. Warum? Nun, „das Jesuitenheer, das seit dem Kulturkampf ver-bannt war, hat beschlossen, einen Feldzug zu unternehmen, der nur das Ziel hat, unsere evangelische Sache zu vernichten“. Ueberall trieben sie ihr Unwesen. Aber nicht überall hätten sie Erfolg: es gäbe doch noch treue Protestanten. So in Kärnten, wo der Red-ner kürzlich gewesen sei. Und wie sich die guten Protestanten dort vor den Jesuiten in Acht nehmen! „Wenn es Abend wird, verammeln die Bauern Türen und Fenster und schließen die Läden, damit kein Licht-schimmer auf den Weg fällt, wenn der Jesuit über die Berge schleicht, um Keger zu jagen!“

Als eine wahre Kriegserklärung gegen das deutsche Luthertum gilt dem Redner ein Ar-tikel, den der Jesuitenpater J. van Ginneken in den „Stimmen der Zeit“ verfaßt hat. (Der Aufsatz steht in dem 1. Heft des 54. Jahrgangs der „Schrift“.) Dieser Aufsatz wird eingehend besprochen; nur ist es schade, daß der Redner bei der sonst so breiten Ausführlichkeit so manches seinen Zuhörern vorenthalten hat, was gerade geeignet ge-wesen wäre, ein Bild von dem Geist zu geben, mit dem die Jesuiten ihre Arbeit leisten, z. B. den in dem Aufsatz aufgestellten Grund-satz: „Keine Polemik! Keine Seitenhiebe! Keine Verachtung für andere Konfessionen und Welt-anschauungen!“ Wenn der Evangeli-sche Bund in der Arbeit für seine Sache diesen jesuitischen Grundsatze befolgen würde, viele es auf unserer Seite niemand ein, ihm öffentlich entgegenzutreten. So bald man aber diesen Grundsatze verläßt und zu hezen beginnt, veründigt man sich am Volke, das heutzutage wahrhaftig schon genugsam geklüf-tet ist und das man nicht noch weiter auseinander zu reißen braucht. Wir haben kürzlich in Kehl in einer religiösen Vortragswoche des H. S. Vater Stöckle einen Vertreter des Jesuiten-ordens kennen und viele Protestanten haben ihn schärfen gelernt. Niemand hat den Vor-wurf erheben können, daß er in dem Eifer für seine Sache das Volk verhetzt und zer-klüftet habe! Umso mehr ist die Entgleisung vom Montag Abend zu bedauern.

„Der Angriff wird aber nicht nur auf rein religiösem Gebiet geführt, auch auf dem Ge-

noch erlebt hätte!“ Sie schaute nach dem Bilde über dem Sofa.

„Dies noch einmal, was der Kommerzienrat gesagt hat“, bat sie, „lies den ganzen Brief noch einmal vor, aber langsam, damit man auch alles versteht.“

Johannes Freiberg setzte geduldig seine große Hornbrille auf und las den ganzen Brief wieder vor.

„Das mußst du dem Hauptlehrer erzählen. Geh auch gleich zu Gleites und Philipp Brauns. Nein, dieser Georg! Erfindet etwas, und die Fabrik will es ankaufen. So gehe doch endlich“, drängte sie, halb ihm die Ueberzieher an und stülpte ihm die schwarze Pelzmütze auf. „Setz dich aber nicht fest, um halb Zwölf wird gegessen.“

„Sie sing langsam an zu schneien, als Johannes Freiberg durch den Gaden ging. Eine große Freude war in ihm, nicht so sehr über Georgs Erfindung, sondern daß der Zunge Anerkennung gefunden hatte. Dieser Erfolg würde ihm die Luft an der Arbeit vertiefen. Und wie schön er die Worte im Brief zu sehen wußte. Ja, der Georg hatte viel gelernt, seit er in Hannover war.“

Johannes Freiberg hatte entschieden Rech, er traf keinen seiner Freunde zu Hause an, so mußte er seine Neuigkeiten wieder mit-nehmen und der Schwägerin berichten, daß er gegen Abend noch einmal den Versuch machen wollte.

Beim Mittagessen wurde der Brief immer wieder besprochen. „Ich will ihm gleich ein Paket machen, dann geht es gleich mit der Post ab.“

(Fortsetzung folgt.)

Georg Freibergs Aufstieg.

Roman von Igna Maria.

Zwei Wochen waren seitdem verstrichen, Georg wartete noch immer. Er war fest entschlossen, Dr. Lorvoogt um Rückgabe der Zeichnung zu bitten, als er eines Morgens zum Chef gerufen wurde.

„Sie sind Georg Freiberg, der mir die Arbeit eingereicht hat? Die Erfindung ist ganz allein Ihr Werk, ich meine, daß wir nicht nachher mit irgend jemand Unannehmlichkeiten haben?“

Georg schob das Blut zu Kopf. „Ich gebe nicht anderer Menschen Ideen für meine aus.“

„Nun, nun“, begütigte der Kommerzienrat, „ich will Ihnen nicht zunähe treten. Wir müssen uns eben sichern. Gut, Ihre Sache gefällt mir, ich habe mit Dr. Lorvoogt gesprochen, er ist derselben Ansicht.“

„Ich mache Ihnen den Vorschlag, wir probieren die Sache auf unsere Kosten aus, bewährt sie sich, verkaufen Sie uns Ihre Erfindung. Wir melden sie beim Patentamt an, damit wir vor Nachahmungen geschützt sind. Sind Sie damit einverstanden? Ueber den Preis sprechen wir noch, wenn sich die Ver-richtung praktisch bewährt. Einer andern Firma haben Sie die Zeichnung nicht eingereicht?“

„Nein. — Ich bin mit Ihrem Vorschlag einverstanden, ich danke Ihnen, Herr Kommerzienrat.“

Georg ging in den Arbeitsaal zurück. „Nun“, lächelte Dr. Lorvoogt, der die glücklichen Augen des jungen Menschen sah. Der Herr Kommerzienrat will meinen Vorschlag ausprobieren lassen.“

„Na, sehen Sie, da sind Sie jung unter die Erfinder gegangen.“

In der Mittagspause kam Paul Trebitsch voll neugieriger Anteilnahme. „Freiberg, Sie wurden doch zum Alten gerufen.“

Voller Freude berichtete Georg von seinem Erfolg.

„Zuh!“ schrie Paul, unbekümmert um die andern. „Freiberg, ich gratuliere von Herzen“, und er schüttelte ihm die Hände, daß die Gelenke knackten. „Menschenkind, wie ist Ihnen zumute? Das muß ich zu Hause erzählen. Wie werden sich die Eltern freuen. Und erst Ihr Vater. Aber sofort heute abend einen Brief losbombardiert und dann auch an Kathrindchen! Alle sollen sich mit uns freuen.“

Diese aufrichtige, warmeherzige Freude rührte Georg. Trebitsch, ich werde niemals vergessen, wie Sie zu mir standen in Freud und Leid, und wenn Sie, je im Leben einen Menschen brauchen, dem Sie unbedingt und ohne Mißhalt vertrauen können, dann denken Sie an mich. Was es auch immer sei, ich bin für Sie da.“

Wenn der Postbote geahnt hätte, welchen Freudenbrief er für Freiberg in der Tasche trug, als er durch die verstaubten Straßen des Ortes stampfte. Alle Häuser hatten sich weiße Säulen aufgesetzt und schauten aar fröhlich in den kalten Wintertag. Mit

Säuzhen und Lachen ballte die Jugend den glitzernden gefrorenen Schnee und übte ihre Wurf-sicherheit, sogar der alte Briefträger wurde zur Bleischeibe ausgerufen.

Katja, flog ein fester Schneeball gegen seine Tasche.

„Wartet, ihr Bürke!“ Drohend schwang er seinen schweren Eidenstock, daß die Sünder schreiend auseinanderstoben.

Lina Damm setzte tritt und Straße blank, als der Briefträger um die Ecke bog.

„Nun, Heinrich? rief sie ihn an und hielt in ihrer Beschäftigung inne.“

„Jo, joa“, nickte er ihr zu, „es kumme gleif, Georg het geschrieben“, und verschwand im Nachbarhause.

Lina Damm klopfte an das Wohnstuben-fenster. „Johannes, Georg hat geschrieben.“

Da verließ Johannes Freiberg seinen mol-ligen Platz und kam heraus.

„Heinrich, magt einen Schlud? Es ist heute kalt, komme herein“, drängte er gut-mütig, „ein Schlud tut schon gut.“

Lina Damm schenkte in der Küche einen alten Nordhäuser ein. „So, Heinrich, nun mal feste!“

Ein Kipp, das Glas war leer. „Das war fein!“ Der Briefträger wischte mit dem Handrücken über den Mund.

Tante Lina band die Küchenschürze. „Wir wollen in die Stube gehen, und du liest Georgs Brief vor.“

„Unser Georg hat etwas erfunden!“ Lina Damm faltete andächtig die Hände. „Gan-nes, der Zunge ist zu flug. Wenn das Male

übernehmen zu der ent-...
 nicht nur das...
 auch der preu-...
 bedeten, an...
 sozialdemo-...
 (Er...
 Minister er-...
 einen aus-...
 der Ruhr-...
 Vorschlag der...
 erichtigens für...
 brachte. Aus...
 gebe sich aus-...
 das Reich die...
 anerkannte...
 an: Sie ver-...
 muß mir...
 entschieden ver-...
 die Grund-...
 bhaftige Justiz...
 (Spruch links.)...
 hat uns da-...
 die Sach-...
 die endgültige...
 nicht zu...
 hört, hört!...
 dert, alles zu...
 Burufe bei den...
 das bedeuten?)...
 Arbeiter-schaft...
 erlangte, als...
 übernahme der...
 glückliche. (Ar-...
 sozialdemo-...
 daß auch der...
 gebeten habe...
 eine Entschlie-...
 (Gört, hört...
 hand hat in...
 ärt, daß eine...
 Reichsregie-...
 os, den Wir-...
 mit Frankreich...
 t, hört rechts.)...
 Stresemann...
 von verschie-...
 mals der In-...
 für sich selbst...
 ite. Es muß...
 aus dem Ob-...
 er finanziellen...
 eis nationalen...
 an auch ein-...
 muna rechts.)...
 haben sämt-...
 Zustimmung...
 be am Schluß...
 dieser Frage...
 mann hat sich...
 er späteren...
 eine andere...
 Rheinlandes...
 de. Auch der...
 raum stimmte...
 der Mentalität...
 zu nennen...
 zählheiten er-...
 Kabinetts-...
 könne zu den...
 men, da er zu...
 zogen worden...
 ungnahme der...
 haltung an-...
 des Vorgehens...
 Minister...
 den Gründen...
 erzeugung ge-...
 geldern einge-...
 all bei der

biere der Politik. Wer hat nicht die Vorgänge alle verfolgt, wie die Zentrumspartei alles an sich gerissen hat und wie wir Protestanten mehr und mehr an die Wand gedrückt werden? Nur noch ein Katholik konnte an der Spitze des Reiches stehen! Ueberhaupt seien die Katholiken in der Stellenbesetzung bevorzugt. Im Bayerischen Konfessionsrat habe es der Papst fertig gebracht, daß in Bayern an jeder Universtität je ein Professor Geschichte und einer Philosophie doziere müsse, „wie der Papst es befiehlt, nicht nach Ueberzeugung“.

Die Mischehengefeßgebung der Kirche wurde dann als das Gefährlichste für den Frieden in den Familien hingestellt. Aber soll nicht die Strenge der katholischen Kirche gegen die Mischehe gerade ein Schutz des Familienfriedens sein? Weil die Kirche weiß, wieviel Unfriede in die Familien kommt, wie sie dieselbe ihren Kindern verbietet. Doch die katholische Kirche protestantische Ehen überhaupt für Konkubinate hält, stimmt nicht. Das sagt sie nur von den gemischten Ehen, die protestantisch eingegangen werden. Nur über Katholiken erstreckt sich ihre jurisdiktionelle Gewalt. Und daß Protestanten, die eine Ehe vor dem katholischen Pfarrer schließen, „überhaupt nicht getraut“ werden, weil sie keinen Brautsegner und keine Brautmesse bekommen, stimmt deshalb nicht, weil die Brautmesse so wenig wie der Brautsegner zum Wesen der Eheabschluss gehört.

Schließlich entsetzte sich der Redner noch darüber, daß 1300 Jesuiten an der Arbeit seien und 35 000 Mönche und Nonnen, daß in der Zeit, wo man in Deutschland hungere, 800 neue Klöster gebaut wurden, wo doch der Evangelische Bund in Berlin nicht einmal ein eigenes Heim hat, sondern nur eine Etagenwohnung, und die ist gekündigt. 40 Millionen Protestanten mühten es doch fertig bringen, ein eigenes Heim zu haben für ihre Söhne! Und dann: neben tausenden von katholischen Zeitungen gebe es nur eine, die die evangelische Sache vertritt, Zeitungen selbst, die in Händen von Protestanten stehen, seien von den Jesuiten beeinflusst. In Thüringen habe eine Zeitung einer evangelischen Stadt ein Inserat von Herder in Freiburg gebracht, und nicht nur das, in der Bücherchau dieser Zeitung seien die Werke des Herderischen Verlages, die doch samt und sonders jesuitischen Geistes entstammen, „in alle Himmel“ gehoben worden. Als man den Verleger zur Rechenschaft habe ziehen wollen, habe man die Antwort bekommen: „Wir werden uns schön hüten, solche Anzeigen nicht zu bringen; das wird gut bezahlt“.

In dieser Art ging es weiter. Am Schluß kamen nur ganz kurz die Ernsten Wibelorscher zur Sprache, die mit den Katholiken als Feinde der evangelischen Sache in eine Linie gestellt wurden. Ein Gebet, in dem man Gott um Mut zum Kampf gegen die schlimmen Feinde bat, und die gemeinsam gesungene dritte Strophe des Liedes „Eine feste Burg ist unser Gott“, die da lautet: — und das ist bezeichnend für den Charakter des Ganzen — „Und wenn die Welt voll Teufel wär“, schloß die Abendandacht in der „Friedenskirche“. Als ich über die Kirchenfaffeln ging, kam es mir unwillkürlich in den Sinn: „Evangelische Brüder und Schwestern, ihr tut mir leid!“

Rehl, den 19. Februar 1925. St.

Aus der Partei. Bezirkskonferenz der Zentrumspartei Offenburg.

Eine Bezirkskonferenz fand am vergangenen Mittwoch Nachmittag im Gasthaus zum „Anker“ hier statt. Es waren Vertrauensleute anwesend aus den Orten: Offenburg, Appenweier, Berghaupten, Biberach, Bühl, Dietsburg,

Mahatma Gandhi.

Die Freiheitsbewegung in Indien.
Von Fritz Erhart.

Ägypten ist nicht das einzige Land des britischen Reiches, das mit aller Macht Englands nach abzuwürgen will. Die Revolution in Ägypten bedeutet auch nicht die schwerste Gefahr für England. Weit gefährlicher für den Bestand des britischen Weltreiches ist die indische Freiheitsbewegung. Sie ist eine friedliche Revolution, von der selbst der „Manchester Guardian“ im Februar 1924 schrieb, daß sie danach angetan sei, die Regierung Indiens abzulegen. Roman Rolland nennt sie die größte weltliche Bewegung der letzten zwei Jahrtausende menschlicher Politik.

Die indische Freiheitsbewegung ist eine religiöse Bewegung, welche eine seelische Erneuerung zur Heraussetzung der politischen Freiheit macht. Gerade hierin ist sie jeder anderen Revolution und letzten Endes auch der militärischen Macht Englands unterlegen.

Diese Vorgänge in Indien sind nicht zu verstehen ohne ihren Führer Mahatma Gandhi. Roman Rolland schildert ihn: „Nüchtere, dunkle Augen. Ein schwächlicher Leib, ein hageres Gesicht und weitabstehende Ohren. Er harrt sich in graues Leinen, näht sich von Reis und Früchten und trinkt nur Wasser. Er schlafte auf dem nackten Boden und arbeitet ohne Unterlaß. Nichts fällt an diesem Manne auf als ein Ausdruck unendlicher Geduld und Liebe. Er ist einfach wie ein Kind, sanft und höflich, selbst mit seinen Gegnern, und von makelloser Aufrichtigkeit.“ Er denkt von sich äußerst bescheiden, berührt nie einen Fehler, kennt keine Diplomatie. Er ist nicht zurückhaltend gegenüber der Menge und füllt sich nur in der Einsamkeit glücklich, wo er seiner inneren Stimme lauscht. So steht der Mensch aus.“ sagt Rolland hinzu, „der drei-

Das amerikanische Kinderpeisungswerk.

Vor 5 Jahren, im Februar 1920, wurde das amerikanische Kinderpeisungswerk in Deutschland begonnen. Es hat innerhalb dieser 5 Jahre viele Wandlungen durchgemacht — in Amerika und in Deutschland —, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll, immer aber war es der Geist lebendiger Menschlichkeit und tatkräftiger Hilfsbereitschaft, der die Fortführung der Speisung ermöglichte, auch wenn das Aufbringen neuer Geldmittel drüben immer schwieriger wurde und manchmal unmöglich schien. Deutschland — Reich, Land und Gemeinden — haben immer einen Teil, zu Zeiten fast die Hälfte, zu den Speisungen beigetragen. Viel liebevolle Kleinarbeit, die der Öffentlichkeit meist verborgen blieb, verhalf in großen und besonders in kleinen Gemeinden den Speisungen zu ihrem liberal anerkannten Erfolg.

Fürsorge- und Schulbehörden, aber mit besonderem Nachdruck Schularzte und Fürsorgereinen haben immer wieder betont, wie notwendig diese warme Zusammanarbeit in der Schulpause den ledier immer noch unterernährten und deshalb speisungsbedürftigen Kindern sei. Die meisten Menschen, die nicht aus Berufsinteresse oder sonst aus besonderer Einstellung die Kinder daraufhin anschauen, gehen ja im allgemeinen ganz stumpf an den Kindern vorbei, — viele finden, daß es gar nicht mehr so schlimm sei; sie wissen aber nicht, daß die kleinen, oft noch recht dürftigen Kinder durchschnittlich ein bis zwei Jahre älter sind, als sie aussehen. Dieses mangelnde Wachstum und des Untergewichts wird, wenn überhaupt, nicht so schnell nachgeholt werden können, und um diese geschwächten Kinder widerstandsfähig zu machen gegen Krankheiten aller Art — besonders aber gegen die gefährliche Tuberkulose —, wird es nötig sein,

die Kinderpeisungen noch längere Zeit fortzuführen.

Aus den schularztlichen Berichten, die regelmäßig jedes Jahr vom Unterrichtsministerium angefordert werden, ebenso wie aus den ärztlichen Berichten, die dem Bad. Landesauschuß für Kinderpeisung vorliegen, ist zu entnehmen, daß zwischen 20 und 35 Prozent der Gesamtschulkindergzahl in schlechtem Ernährungszustand und speisungsbedürftig sind. Der Bad. Landesauschuß für Kinderpeisung hat in diesen großen Prozentzahlen von Kindern keinen Grund; es wurden — mit wenigen Ausnahmefällen, wo besonders schwierige Verhältnisse vorlagen, — 10—15 Prozent der Schul Kinder gespeist. Diese Zahl hat sich, durch geringere Nachfrage in den höheren Schulen in diesem Winter zugunsten der Volksschule vermindert; die Speisung wird aber fast in allen höheren Schulen durchgeführt.

In Baden wurden im Dezember 1924 zusammen 27 000

Durbach, Ebersweier, Egerstweier, Fessenbach, Gengenbach, Hofweier, Niederhoppheim, Oberlarmersbach, Ortensberg, Nammesweier, Schutternwald, Urfflen, Waltersweier, Weier, Wildschlag, Zell a. S., Zell-Wetach und Zunsweier. Der Parteivorstand des Bezirkes, Prof. Dr. Hertle, dankte im Anschluß an seine Begrüßungsansprache den Vertrauensleuten für geleistete Arbeit bei der letzten Reichstagswahl, insbesondere aber auch der Partei, der „Offenburger Zeitung“, die im letzten Wahlkampf sich für die Wahrung der Interessen der Zentrumspartei eingesetzt habe. Bei der Reichstagswahl hätte die Partei wohl einen Zuwachs an Stimmen erfahren, allerdings nur 6 Prozent, während die anderen Parteien 40 und 50 Prozent zugenommen hätten; diese Parteien hätten allerdings über mehr Mejeroren verfügt. Im großen und ganzen zeigte die Wahl eine Konzentration nach der Mitte. Manche Gemeinden des Bezirkes hätten überzogen, manche enttäuscht. Aus dieser Wahl müßte die Lehre gezogen werden, sich besser zu organisieren; als Vorbild könnte die Sozialdemokratie dienen, die mit einem ausgezeichneten Organisationsapparat bis ins letzte Dorf wirkt. Das Vertrauensmännersystem müßte besser ausgebaut werden, die Partei bräuchte, man möchte fast sagen, in jedem

Kinder gespeist, im Dezember 1918 25 000, im Dezember 1922 10 000 Kinder. (Die Zahlen für das Reich sind 600 000, 580 000, 800 000.)

Aber nicht nur die Schulpeisungen allein, sondern auch die Erholungsfürsorge, die durch die Berieselung mit amerikanischen Lebensmitteln eine wesentliche Förderung erfahren hat, muß erhalten bleiben, und zwar die Verschickung in Seime sowohl wie die örtliche Erholungsfürsorge, die sich in den letzten drei Jahren in ungefähr 40 Städten und Gemeinden Badens sehr gut bewährt hat. Es kann gar nicht oft genug gesagt werden:

„Mehr Sonne den Kindern!“

Sonne von außen, die die zum Leben so notwendigen roten Blutkörperchen verdoppelt und verdreifacht und den kindlichen Organismus anregt und kräftigt. Aber auch mehr Sonne von innen, mehr Freude und Frohsinn den Kindern, die viel zu früh alles Schwere und Gähliche miterleben müssen und müssen. Die örtliche Erholungsfürsorge steht in ihrer Entwicklung noch am Anfang; es sind so viele Möglichkeiten damit verbunden, daß noch viel schöpferische Arbeit zu leisten ist. Es sollte in Zukunft keinen Ort geben, der nicht wenigstens einen von einer gesunden Persönlichkeit überwachten Spielplatz besitzt; mindestens während der großen Ferien. Luft- und Sonnenbäder, Wälderholungsstätten, Solbäder und Biegekurzen, Ferienwanderungen mit erfahrenen Führern oder Lehrern; das alles ist in dem Begriff „örtliche Erholungsfürsorge“ eingeschlossen.

Mit dem

1. April 1925 hört nun die seit 5 Jahren ununterbrochen gewährte amerikanische Hilfeleistung auf.

Der höchste Dank für die amerikanischen Freunde und der würdevollste zugleich wäre die Weiterführung der Kinderpeisung im gleichen Geiste, so lange dies nach Ansicht der maßgebenden Kreise und Fürsorgereinen notwendig ist. Land und Gemeinden müßten gemeinschaftlich die dafür notwendigen Mittel aufbringen; im Vergleich zu dem allgemeinen Fürsorgeaufwand ist der Aufwand für die Kinderpeisung lächerlich klein, besonders wenn man für Herstellung und Verteilungskosten die Eltern durch einen kleinen täglichen Beitrag mit heranzieht, wie es bisher auch schon fast überall geschehen ist.

Die Gemeinden werden in diesen Tagen anlässlich der Erörterung der Entscheidung treffen müssen, ob die Speisungen nach dem 1. April weitergeführt werden sollen, oder ob sie eingestellt werden, weil durch den Wegfall der Zuschüsse von Amerika die Gemeinden sich in etwas größerem Umfang betätigen müßten. Im Interesse der Kinder müßten sich alle Eltern um diese Entscheidung kümmern.

Haus die „Verbindungsleute“, die für die Interessen der Partei zu wirken suchen und die für dieselbe verantwortlich arbeiten. In einigen Orten seien bereits Jugendorganisationen gegründet. An das Referat schloß sich eine allgemeine Aussprache an.

In der weiteren Aussprache wurde von vielen Rednern die mangelhafte Postverhältnisse auf dem Lande einer berechtigten Kritik unterzogen. Die Zustellung am Sonntag ist ganz weggefallen, werktags erfolgt nur eine. Vorzeiten eines Landbürgermeisters wurde hervorgehoben, daß die Postzustellung auf dem Lande unbedingt vormittags erfolgen müsse, demselben sei einmal eine behördliche Terminfestsetzung am Nachmittag zugestellt worden, die für den Vormittag des gleichen Tages bestimmt war. Dies bedeutet natürlich keine Erspornis, sondern das Gegenteil. Nachdem noch weitere Fragen besprochen und verschiedene Anregungen gegeben worden waren, wurde die Versammlung mit Dankesworten an die Anwesenden vom Vorsitzenden geschlossen.

Aus anderen deutschen Staaten.

Baden, 19. Febr. (Rohheitsakt eines französischen Offiziers.) Am 6. Februar abends 7 Uhr,

wurde, wie jetzt erst bekannt geworden ist, ein junger in Landau beschäftigter Kaufmann aus der Umgebung, als er nach Geschäftsbeschluss zur Bahn eilte, von einem französischen Offizier ohne jede Veranlassung festgenommen und unter Bedrohung mit dem Revolver in das Knie, jetzt von Franzosen besetzte Bezirkskommando verbracht. Dort wurde der junge Mann von dem Offizier eine Viertelstunde lang in fürchterlicher Weise mißhandelt, sodas ihm das Blut aus Mund, Nase und Ohren sprang und sein Kopf durchdringt. Der Mißhandelte mußte sich dann das Blut vom Gesicht waschen und wurde hierauf von einem Soldaten durch den rückwärtigen Ausgang des Gebäudes auf die Straße transportiert und entlassen. Der mißhandelte junge Mann entstammt einer hochangesehenen Familie und ist als durchaus ruhiger Charakter bekannt. Die Beschwerde über den Vorfall hat der Bezirkskollaborierte von Landau, Major Bruchmann, bisher keiner Antwort gewürdigt, wohl in der Ansicht, die Angelegenheit im Sande verlaufen zu lassen. Die Beschränkung weis sich den Vorfall nicht anders zu erklären, als daß der betreffende Offizier in einem plötzlichen Anfall von Tropenoller gehandelt hat. Sie ist schwer beunruhigt, daß trotz Londoner Abkommen und trotz der heroischen sogenannten Befriedungs- und Versöhnungspolitik solche Mier der Willfür noch vorkommen können und sie den Befehlungsorganen jähliches preisgegeben ist.

Landau, 20. Februar.

(Eine aufregende Wildschweinjagd) spielte sich in Krähenberg (Westfal) ab. Eine Jagdgesellschaft hatte dort einen Keiler von nahezu zwei Zentner angehossen. Von Hunderten verfolgt stürzte der Keiler in eine große Dichtung, wo er nur von den Dackeln weiter verfolgt werden konnte. Bei der Jagd wurden zwei Beteiligte von dem rasenden Tier über den Haufen gerannt, bis es schließlich gelang, den Keiler mittels einer Art ungeschicklich zu machen. Das dicke Gehölz hatte nicht erlaubt, von der Schusswaffe Gebrauch zu machen.

Aus dem Ausland.

Die Fahrt des Notorschiffes.

London, 19. Febr. Das Notorschiff „Budau“ ist am Dienstag abend 9 Uhr, wie in der Donnersstagsnummer berichtet wurde, in Orango-mouth (Schottland) eingetroffen. Das Interesse an dem Schiff ist groß. Tausende von Zuschauern hatten sich zur Ankunft des Schiffes in Orango-mouth eingefunden.

Die Blätter veröffentlichten ausführliche Berichte über seine Fahrt. Die Preis Association meldet, daß die „Budau“ bei ihrer ganzen Reise von Deutschland anherberndlich schlechtes Wetter hatte, daß aber die an Bord befindlichen Personen erklärten, diese erste Probe einer neuen Erfindung stelle, wenn man die unangünstigen Umstände berücksichtige, mit denen das Schiff zu kämpfen gehabt habe, einen Erfolg dar. Am Montag sei die „Budau“ nur umfand gewesen, vier Knoten in der Stunde zu machen, obwohl sie abwechselnd Motoren und einen Dieselmotor benutzte. Das Schiff würde unter den obwaltenden Umständen nicht umfand gewesen sein, in den Firth of North einzufahren. Das Schiff habe an Bord eine große Ladung Kupfer. Nach dem Köchen der Ladung wird es in Orango-mouth und in Keith zur Verfertigung freigegeben werden. Auch wird es dem Publikum zu Fahrten im Firth of North zur Verfügung stehen.

Dem Sonderberichterstatter der „Daily News“ zufolge erklärte ein Mitglied der Besatzung, die Motoren hätten ausgezeichnet gearbeitet und seien nahezu auf der ganzen Fahrt in Tätigkeit gewesen. Das Schiff habe gerallt, aber keineswegs so stark wie ein Segelschiff. Kleiner habe erklärt, daß das Ergebnis natürlich besser gewesen wäre wenn man stetigen Wind gehabt hätte. Die Probe sei hart gewesen, aber nach seiner Ansicht habe das Schiff sich sehr gut gehalten.

Die „Budau“ ist sofort nach Eintreffen im Hafen in Dock gegangen.

Der parlamentarische Sekretär des Handelsamtes erklärte im Unterhaus auf eine Anfrage, ob Erleichterungen gewährt würden, um das Notorschiff in England zu färbern, und ob englische Experimente in dieser Hinsicht gemacht würden, die Reeder und Schiffsbauer prüfen diese Erfindung und er bleibe in Fühlung mit dem Ergebnis der Untersuchungen. Sobiel er wisse, seien auf diesem Gebiete noch keine besondere Experimente gemacht worden.

erster Schritt die Verfestigung der indischen Wirtschaft. Seine Lösung ist einfach. Er gibt die Karole aus. Zu allen Familien muß gesponnen werden, an allen Schulen muß Unterricht im Spinnen erteilt werden, jeder muß selbstgeponnenes Tuch tragen. So verhält Gandhi Jonesenden zu Brot, sammelte die Kräfte, die sonst in Müßiggang vertan wurden, die Kräfte der Hausfrauen und Bauern, die sechs Monate des Jahres wegen Ungunst der Witterung ohne Arbeit waren.

Mit dieser wirtschaftlichen Reform geht die geistige Reform. Das indische Geistesleben lebe in Verflorung, die durch die englische Schulbildung herbeigeführt war. Auf den Ruf Gandhis hin, eigene nationale Schulen und Universitäten zu gründen, verließen Tausende die englischen Schulen und besuchten die indischen.

Dann lag Gandhi viel daran, ein religiös und in seiner sozialen Zusammenfassung einiges Indien zu schaffen. Er führte eine Einigung der bisher immer sich bekämpfenden Religionsgemeinschaften herbei, der Hindus und der Mohammedaner. Die Engländer hatten diesen Streit der Religionen oft in ihrem eigenen Interesse gebraucht zum Schaden Indiens. Dann erreichte es Gandhi, daß das Vorurteil der Unberührbarkeit mehr und mehr verschwand, so daß ein einiges Indien nicht mehr fern ist.

Die Aufrufe, die Tagesbefehle und Reden Mahatma Gandhis ermahnen immer wieder zu stillig reinem Leben, zur Nächstenliebe, zur Feindschaft, zur Sanftmut und Geduld und Demut.

Man gehört seine Sorge, vor allem dem niederen und beamteten Volk. Er ist nicht geworden der Vater ganz Indiens. Für die Arbeiter legt er sich ganz besonders ein, und die Forderungen, die er an sie wie an die Arbeitgeber stellt, können uns als Muster dienen. Da ist es denn auch nicht wunderbar, daß ganz In-

Straßburg
Der
kurzem
Operetten
geben
boten
werts
schiff
de
goff
Eiga geg
deutsche

Hamb
mächtiges
erschlossen
des Tages
Geologie
Mannh
(Ein
am Freitag
ab. Ein
Räumen
und verließ
Lärm.
wollte,
stehen d
air und
Säbelh
macht.

Dresde
Stadiver
Lund g
Grubenun
nastig
wurde f
Markt be
134 Dp
Dortm
sind le
ster Sei
zwei Ber
zen Bru
war.

Baden.
Mannh
(Ein
Süddeut
heim-Wa
biert, ab
wurden
goffen.
stahlgel
worden.
Eberbach
(E h
sch der
Friedrich
schwerer
worden

Dom Ode
(F r i
ist gründ
gen, sag
Dabei h
Was W
werden,
streuen.
dürfen:
Bieleich

Höpinge
(T h
und Mo
Jungfrau
einige T
rung, de
Wüterge
prächige
Städ. A
Gottesga
Brot. I
den Hum
fieder ge
stängend
schen W
les, Dets
Frank, i
hatte.
Beifall

dien für
Heiliger
doch gr
haben
Dem
sehr ich
alle A
Strenge
Gifer d
niffen.
liger P
Gandhi
müßte
Im
sechs J
sang de
nisse.
man u
aus P
Gandh
wirkt f
In
Drohun
müßen
reizen
Gerichts
willigen

Ein
die B
Redor
Schrift
er das
aufroll
feinere
eine R
den in
andere

die B
Redor
Schrift
er das
aufroll
feinere
eine R
den in
andere

Strasbourg i. E., 19. Februar.

(Der Kampf um die Sprache.) Seit kurzen dürfen endlich Theateraufführungen, auch Operetten, in hochdeutscher Sprache gegeben werden...

Große Goldvorkommen auf Island.

Hamburg, 20. Febr. In Südisland ist ein mächtiges Goldlager von unberechenbarem Wert erschlossen worden.

Mannheim, 20. Februar.

(Eine aufregende Szene) spielte sich am Freitag früh auf dem hiesigen Hauptbahnhof ab. Ein 14jähriger Mädchenpärchen war aus den Räumlichkeiten des Hauptbahnhofs verwiesen worden...

50 000 Mark für Dortmund.

Dresden, 20. Febr. Die heutige Sitzung der Stadverordneten wurde mit einer Trauerkundgebung für die Opfer des Dortmunder Grubenunglücks eröffnet.

134 Opfer auf „Minister Stein“ geborgen.

Dortmund, 20. Febr. Wie die L.-U. erfährt, sind jetzt 134 Opfer der Katastrophe auf „Minister Stein“ geborgen.

Chronik.

Baden.

Mannheim, 20. Februar.

(Silumin-Metallguss-Gloden) Das Süddeutsche Eisen- und Metallwerk A. G., Mannheim-Ballstadt, hat eine neue Glodenart ausprobiert...

Eberbach, 20. Februar.

(Ehängt.) Im hiesigen Amtsgefängnis hat sich der 58jährige, ledige Dienstmacht Philipp Friedrich von Guntendach erhängt...

Vom Oberrhein, 20. Februar.

(Frühjahrsarbeiten.) Der Winter 1925 ist frühzeitig verstrichen. Die Stare und Palmtägen, sogar Schilfflächen behaupten das Feld.

Hörsing, 25. Februar.

(Theateraufführung.) Am Sonntag und Montag brachten die Mitglieder der hiesigen Jungfrauenorganisation in der früheren Katholische einige Theaterstücke zur wohlgeleiteten Aufführung...

Waldshut, 19. Februar.

(Die Rheinbrückenfrage) Waldshut-Fährhaus-Koblenz tritt in letzter Zeit wieder in den Vordergrund der Verkehrsfragen an der badisch-schweizerischen Landesgrenze.

(Erleichterung des Grenzverkehrs) Bezüglich des elbsächsisch-badischen Grenzverkehrs werden in nächster Zeit bedeutende Erleichterungen eintreten...

Waldshut (Kinzigtal), 20. Februar.

(Diebstahl.) Eine Frau kam zu der Tochter des Wirtswirts Markt hier in die Waschküche und verlangte ein Viertel Wein.

Waldshut, 20. Februar.

(Verhaftung.) Hier wurde ein 17 Jahre alter, aus Konstanz stammender Burjoch verhaftet, der seinem Dienstherrn beträchtliche Gelder aus der Kasse entwendete...

Ein Reichshörsing auf der Bergstraße?

Wie verlautet, sind Bestrebungen im Gange an der Bergstraße, etwa auf dem höchsten Berg des bayerischen Oberrheins, dem Weisbühl...

Gemeindepolitik.

Schutterwald, 20. Febr. Mit Hilfe von öffentlichen Bauarbeiten wurden seit Kriegsende in der Gemeinde Schutterwald 24 Wohnhäuser mit insgesamt 40 Wohnungen erstellt.

Karlsruhe

den 21. Februar 1925.

Es ist erwünscht, daß die Teilnehmer sich vor Beginn des Kurzes mit den wichtigsten biologischen Schriften P. Mundermanns vertraut machen...

Die Vorträge finden in den Räumen der Universitätsbibliothek statt und sind kostenlos. Es ist jeweils reichliche Ausprobiermöglichkeit geboten.

Karlsruhe

den 21. Februar 1925.

Dawesabkommen und Gemeinden.

Das finanzielle Verhältnis des Reichs zu den Ländern und Gemeinden nimmt in den Dawesabkommen einen besonderen Raum ein.

Im Sachverständigen-Gutachten findet sich als Anlage Nr. 8 eine vorläufige Uebersicht über den deutschen Reichshaushalt 1924.

Aus dem sozialen Leben.

Der in den weitesten Kreisen bekannte Biologe P. Dr. Hermann Mundermann wird in der Woche vom 23.-27. März 1925 in Verbindung mit der Zentrale des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg i. Br. einen Lehrgang für Familienhilfe veranstalten.

Geschäftsverlegung.

Die Geschäftsstelle der Badischen Dichtspiele für Schule und Volkshilfe G. m. b. H. bisher Mathystr. 28, befindet sich seit einigen Tagen in den vollständig neu hergerichteten Räumen...

führungen finden nach wie vor im Konzerthaus statt. Die Gesellschaft ist nunmehr mit Nr. 4500 und 4561 an das Fernsprechnetz angeschlossen (bisher 2708).

Keine Einreise in das besetzte Gebiet ohne Ausweispapiere. Nach den Vorschriften für den Verkehr mit dem besetzten Gebiet können alle deutschen Staatsangehörigen über 16 Jahre...

Der Briefverkehr mit dem Ausland. Wie der Deutsche Industrie- und Handelsrat mitteilt, hat die Reichspost auf zahlreiche mündliche und schriftliche Vorstellungen aus Wirtschaftskreisen wegen Verzögerungen im Auslandspostverkehr darauf hingewiesen...

Schwarzwaldberein. Einen hohen Genuß hat der letzte Vortragabend der Ortsgruppe Karlsruhe, der den großen Vortragsabend der Technischen Hochschule bis auf das bekannte „Leite Wasser“ gefüllt hatte.

Der Verein badischer Geometer hielt am Sonntag, den 8. Februar d. J., in Karlsruhe seine diesjährige, aus allen Teilen des Bundes gut besuchte Hauptversammlung ab.

hier hinter Gandhi steht, im Bereich wie einen Heiligen, daß die Engländer ihn fürchten, und doch große Achtung und Hochachtung vor ihm haben.

Dem indischen Volke wurde keine Gerechtigkeit sehr schwer gemacht. Die Engländer bestärkten alle Anhänger Gandhis mit unerhörlicher Strenge.

Im Jahre 1922 wurde er verhaftet und zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Bis zu Anfang des Jahres 1924 blieb Gandhi im Gefängnis. Als ihn eine schwere Krankheit heftig und man um sein Leben bangte, ließ man ihn frei...

Eine Episode aus Sowjetrußland.

Die Wände sprachen, erzählt aus eigenem Erleben Fedor Stepan, einer der geistvollsten russischen Schriftsteller, im Februarheft des „Sozialen“, wo er das „Problem der Demokratie in Rußland“ aufrollt.

mar sie sehr hant: arme Schluder und Söhne der Reichen; phylogologisch war sie jedoch einheitlich: allen war es in der eigenen Haut und dem eigenen Kreise schon lange zu eng; alle waren vogelfrei: Exzentriker; Dorfintelligenz. Das Oberhaupt der Gesellschaft aber war ein echter, mit gut bekannter Bauer Switlow.

kleinen benachteiligten Gläubigen ausgezeichnet und ein hohes Amt erhalten. Ich hörte von den Gelbenterten Switlows durch einen Augenzeugen, einen guten, einen alten Bauern. Als er mir das Vorgefallene erzählte, ward er ganz blaß, zitterte an ganzen Leibe, bekräuzigte sich und sah sich immerfort nach allen Seiten um.

ten Platz, schwang irgendeine unverständliche höfliche kommunistische Rede und zog langsam mit seiner ganzen Abteilung ins Büreau.

AUXOLIN Schuppenbildungen und den damit verbundenen Haarausfall behandelt man am zweckmäßigsten mit Auxolin-Schuppen-Pomade von F. Wolff & Sohn, Karlsruhe. Preis Mk. 1.25 und Mk. 2.— die Dose.

Eisenbahndebatte im badischen Landtag

Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Zentrumsanträge.

Die badische Zentrumsfraktion hat im badischen Landtag folgende Anträge eingebracht:

1. Die Arbeiterentlassungen in bad. Eisenbahnwerkstätten und die damit zusammenhängenden Maßnahmen betr.

Die Regierung wird ersucht, bei der Reichsbahnverwaltung dahin zu wirken, daß

1. die Arbeiterentlassungen bei den badischen Eisenbahnwerkstätten eingestellt werden,
2. den infolge des Abbaues arbeitslos gewordenen erwerbsfähigen Arbeitern, die die Anwartschaft auf Rente in der Abteilung B der Eisenbahnpensionskasse erworben haben, in funktionsfähiger Anwendung der für die Gewährung eines Ruhegehalts geltenden Bestimmungen auch schon vor Erreichung des 65. Lebensjahres diese Rente gewährt wird,
3. alle in Baden anfallenden Reparaturen von vollständigem Eisenbahnmateriale in badischen Eisenbahnwerkstätten vorgenommen werden,
4. bei Vergebung von Arbeiten die badische Industrie und das badische Handwerk in erster Linie berücksichtigt werden.

2. Amtsbezeichnung der Gewerbe- und Handelslehrer und Lage der letzteren.

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen,

1. die Amtsbezeichnung der Gewerbe- und Handelslehrer in einer ihrer Vorbildung und ihrer heutigen Aufgabe entsprechenden Weise zu ändern und die hierwegen notwendige Entschädigung zu treffen,
2. das Verhältnis der planmäßigen zu den außerplanmäßigen Handelslehrerstellen zu verbessern.

Sitzungsberichte.

Karlsruhe, 20. Febr. 1925.

Vormittags-Sitzung.

Präsident Dr. Baumgartner gibt neue Eingänge bekannt.

Zur Verhandlung kommen zunächst die förmlichen Anträge der Abg. Wirth u. Gen. (Soz.) Prämienausstattung durch die Reichsbahn-Gesellschaft betr. und Ziegelmaier-Oberkirch (Ztr.) betr. die Massenentlassungen beim Eisenbahnausbesserungswerk Offenburg.

Die erste Anfrage wird begründet vom Abg. Wirth (Soz.). Er wirft einen Rückblick auf das politische und wirtschaftliche Schicksal der Reichsbahn im Krieg und nach dem Krieg, wo sie eine besondere Aufgabe für die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen erhielt. Aber die Eisenbahner weichen sich dagegen, daß sie als die Reparationsverantwortlichen an Stelle von Rhein und Ruhr treten. Die deutsche Reichsbahn ist als wirtschaftliche Organisation einer der größten Verbraucher in Deutschland, an dem die deutsche Industrie das größte Interesse haben muß. Der Leiter der Reichsbahn, Generaldirektor Deser, hat erklärt, daß auch in der neuen Organisation die Rechte und Interessen der Beamten der Reichsbahn gewahrt bleiben werden. Dieser Optimismus, auch bezüglich der Finanzen der Reichsbahn, hat aber nicht borgehalten. Später äußerte er sich pessimistisch. Redner verlangt Beweise für die Richtigkeit der Berechnung, daß Löhne und Gehälter der Eisenbahner heute 160 Prozent des Friedensstandes betragen. Die be-

züglichen Angaben des Generaldirektors Deser können nicht stimmen, wie das Sachverständigen-gutachten zeigt, das nur 93 Prozent des Friedensstandes der Eisenbahner errechnet. Alle Abbaumaßnahmen und Entlassungen beruhen auf der irrtümlichen Berechnung des Generaldirektors. Diese Maßnahmen sind eine große Härte, zumal sie zum Teil als „Beimachtsgeld“ im Dezember verhängt wurden. Im Sinne des Gesetzgebers lag es gewiß nicht, daß solche Ausnahmemaßnahmen gegen das Personal bei der Ueberführung der Reichsbahn an die Gesellschaft erlassen werden; auch im Sinne der Ententeber-träger dürfte sie nicht gelegen sein; es ist ver-mutlich die bekannte „Geheimratspolitik“ von Berlin. Redner schildert die Ausnahmemaßnahmen im einzelnen. In dieser Gestalt der Rechtsverhältnisse ist das Personal selbst ge-wiß nicht schuldig und man darf wohl hoffen, daß dem unbeschuldigt entlassenen Personal in aus-reichender Weise entgegengekommen wird, und nicht, wie es jetzt in brutaler Weise gegen lang-jährige Arbeiter geschieht, die noch nicht 65 Jahre alt sind, zu den Sähen der Erwerbslosenfürsorge. Es besteht zum mindesten eine moralische Pflicht, diese Leute anders zu entschädigen. Zu den be-reits Entlassenen sind heute wieder zahlreiche weitere Kürzungen erfolgt, darunter diese mit über 30 Dienstjahren. Der Personalabbau in Baden (25-30 Prozent) ist das Schicksal des preußischen und das 4fache in Bayern; einzelne Dienststellen sind bis zu 60 Prozent (Konstanz) und 50 Prozent (Offenburg) abgebaut. Das sind entsetzliche Maßnahmen! Dabei müssen jetzt Leberstunden in großer Zahl geleistet werden. Die Begründung der Maßnahmen hat bei den Eisenbahnern, die mitten im Betrieb stehen und sich auskennen, einen gelinden Schauer erregt. Redner kritisiert die Ueberlastung von Maschinen-reparaturen an die private Industrie; man hätte die Eisenbahnwerkstätten gewiß auch auf diese Reparaturen einstellen können. Die Schließung der einen Werkstätte in Offenburg hat empörend gewirkt, angefaßt der Verpöndungen an das Personal während der Besatzungszeit. Ein pri-vater Betrieb wäre niemals leistungsfähig mit einem Verwaltungsloftenszuschlag von 270 Proz. für ihre Werkstätten, wie es bei der Direktion Karlsruhe geschieht. Das ist niemals wirtschaftlich. Die Vergebungen von Bahnarbeiten an die Privatindustrie hat auch manche kostspielige Nach-arbeiten zur Folge. Ähnlich ist es mit den Reparaturarbeiten an den Maschinen, wo es ebenfalls Nachreparatur gibt, wie Redner an der Hand von Protokollen darlegt. Es kann dadurch unter Umständen die Betriebssicherheit gefährdet werden. Dieser Betrieb ist auch nicht wirtschaftlich. An Entlassungen erfolgen heute in Baden wieder über 700; borgehalten waren über 800. Redner kommt dann auf die Prämienausstattung zu Weihnachten 1924 zu sprechen (der Gegenstand ist durch frühere Veröffentlichungen den Lesern bekannt). Die in der Presse gemant-ten hohen Zahlen der Prämien an die Beamten über Gruppe 10 sind inzwischen bestritten wor-den, aber bei Verhandlungen im Reichstag ist erwiesen worden, daß man zwar die Prämienausstattungen unterlassen, dafür aber die Grundgehälter der oberen Beamten beträch-tlich erhöht hat. Das steht in schroffem Gegen-satz zu den harten Abbaumaßnahmen und ist ein himmelschreiendes Unrecht. Als neue Einkunfts-quelle hat die Reichsbahngesellschaft die Miet-preise (Grundmiete) über das Doppelte erhöht. Redner schließt mit der Bitte an die Regierung, den entsetzlichen Maßnahmen unablässig Bedach-tung zu schenken und nochmals dagegen vorstellig zu werden, speziell auch dahin, daß in den Ver-waltungsrat der Reichsbahn nicht nur Vertreter der Schwerindustrie, sondern auch human und

sozial denkende Leute kommen. Das Personal aber soll sich zu einem eisernen Ball zusammen-schließen. (Beifall.)

Es ist inzwischen ein Antrag Ziegelmaier (Ztr.) n. Gen. eingegangen, betr. die

Arbeiterentlassungen in den badischen Eisenbahnwerkstätten

und die damit zusammenhängenden Maßnahmen. (Die Leser finden den Antrag an anderer Stelle.) Abg. Ziegelmaier (Ztr.) begründet den Antrag. Die Arbeit bei Staat und Gemeinde ist bei den Arbeitern bevorzugen, weil dort gewisse persönliche Rechte besser gewahrt sind als beim Privatgewerbe (z. B. Sicherung gegen Krankheit und die Folgen des Alters). Vom Staat und den Gemeinden sollte man erwarten, daß er sich in dieser Hinsicht nichts zu schulden kommen läßt. In letzter Zeit ist man allerdings eines anderen belehrt worden — durch den Abbau, der sich bei den Arbeitern noch viel härter auswirkt als bei den Beamten. Es besteht da ein gewaltiger Un-terchied, namentlich wenn es sich um ältere Ar-beiter handelt, die in der privaten Industrie nicht mehr unterkommen. Vom Abbau wurden besonders die Eisenbahnwerkstätten in Baden be-troffen. Redner beruft eine begüßliche An-weisung der Reichsbahndirektion. Die älteren Arbeiter werden zumeist vom Abbau betroffen und belastet die Gemeinden. In dieser Zeit ist die Prämienausstattung ein himmelschreiendes Unrecht und der Anfang einer gewissen Korrup-tion. Die Höherbezahlung der unteren Beamten, wie sie Baden im Herbst beschlossen hat, ist da-gegen von der Reichsbahn abgelehnt worden. Gegen den Abbau in den Werkstätten muß im Interesse der Betriebssicherheit protestiert wer-den, wie ja auch der badische Reichsbahndirektor aus diesem Grunde erhebliche Bedenken dagegen geltend gemacht hat. Maschinenreparaturen werden vielfach in Kreußen gemacht; warum baut man unsere badischen Werkstätten nicht tech-nisch aus? Die Werkstätte in Offenburg steht übrigens technisch auf der Höhe. Durch die Auf-hebung der Offenburg-Werkstätte entstehen auch gewisse technische Schwierigkeiten; die Not-wendigkeit ist unzulänglich. Wir in Baden leiden unter dem Abbau besonders, weil hier durch den Zustrom aus den abgetrennten Gebieten eine größere Zahl Arbeiter vorhanden ist. Wir sollen wohl auch hier das „Musterländle“ sein. In anderen Ländern ist man nicht so weit gegangen. Man sollte Baden nicht ungerecht behandeln und die Regierung sollte darauf wirken, daß Baden in der Verwaltung der Reichsbahn größeren Ein-fluß gewinnt. Redner begründet den neu ein-gebrachten Antrag. Der badische Eisenbahn-Arbeiter mußte früher der Arbeiterpensionskasse an-gehören, und jetzt werden seine Ansprüche daraus mit einem Federstrich beseitigt. Die in Baden anfallenden Reparaturen sollen in Baden selbst angefertigt werden und die Arbeiten an die bad. Industrie und das bad. Handwerk vergeben wer-den. An die bad. Industrie richtet Redner die Bitte, sozialer zu handeln als die Reichsbahn und die älteren Arbeiter wenigstens in ihre Betriebe aufzunehmen. (Beifall.)

Finanzminister Dr. Köhler beantwortet die Anfrage. Die geltenden Bestimmungen des Staatsvertrags geben keine Handhabe zum Ein-schreiten. Der Minister bezieht die von der badischen Regierung eingeholten Zusätze der Reichsbahnverwaltung und des Reichsverkehrs-ministeriums. (Das Wesentliche, davon ist un-sern Lesern aus dem Haushaltsausschussbericht be-kannt.) Es geht daraus hervor, daß die An-gaben in der Presse nicht ganz stimmen. Das badische Finanzministerium hat übrigens seine durchaus ablehnende Haltung gegenüber der Prämienausstattung nach Berlin mitgeteilt. Dieses System bedeutet eine Durchlöcherung der Besoldungsordnung, Zerstörung des Berufsbe-standes und schwere Benachteiligung unter den Beamten und ist für die Länder unerträglich. Wenn Höchstleistungen hier besonders honoriert werden, was sollen dann die anderen

Beamten im Reich und den Ländern denken? Das System trägt auch grell ab gegen die Art, wie man das badische Vorgehen betr. die Auf-besserung der schlecht bezahlten unteren Be-amtengruppen von Berlin aus behandelt hat. Dem einzelnen bemerkt der Minister zu Biffer 2 der Anfrage Wirth: Das Finanzministerium wird für dieses Vorgehen (Schutz gegen Entlassungen aufgrund des Betriebsratengesetzes) eintreten, aber für die Reichsbahn bestehen da Sonderbe-stimmungen; immerhin wird die badische Re-gierung Milderung im Vollzug zu erreichen suchen. Zur Anfrage Ziegelmaier bemerkt der Minister, daß auf die Vorstellungen des badischen Finanzministeriums in Berlin die Antwort kam, es sei wirtschaftlich besser, die Wagenreparaturwerkstätte von Offenburg nach Schwetzingen zu verlegen zum Zweck der Zusammenlegung. Andere Länder seien beim Abbau noch schärfer behandelt worden. Da das bad. Finanzministerium es für ausgeschlossen hält, daß weitere entlassene Arbeiter in der Industrie untergebracht werden, ist es in Berlin vorstellig geworden. Dort herrscht aber die Auffassung, der Arbeiterstand sei in Baden zu hoch (27 Ar-beiter auf eine Lokomotive gegenüber dem Reichsdurchschnitt von etwa 1,7). Bezüglich der Ausführung der Reparaturen nur in Baden ist es der bad. Regierung nicht möglich, in Berlin etwas zu erreichen, da es im Verwaltungsrat noch nicht vertreten ist; es bemüht sich aber jetzt, den Posten eines ausübenden Rats zu erhalten. Das Erneuerungskreuz hat aber das belgische Mitglied Delacroix.

Abg. Horter (Soz.) plädiert für den Auf-schub der Entlassungen und für Verwen-dung der Entlassenen zu Ueberstunden. Von den Prämien könnten 3000 Arbeiter beschäftigt wer-den, und auch durch andere Maßnahmen ließen sich noch tausende unterbringen.

Abg. Bryner (Soz.) betont die muster-gültigen Betriebsverhältnisse in Schwetzingen, die Reparaturen außerhalb Badens überflüssig machen und ersucht um Vereinstellung von Woh-nungen für die neu zumkommenden Werkstätte-arbeiter.

Abg. Ritter (Komm.) Die Kommunisten verlegen sich nicht auf parlamentarische Aktionen, sondern sie wollen den Zusammenschluß aller Hand- und Kopfarbeiter in Klassenräte, Klassen gegen Klasse, bis zur Erledigung dieser Schieber-republik, bis zur Errichtung der Arbeiter- und Bauernrepublik. (Präsident Baumgartner weist den Ausbruch „Schieberrepublik“ zurück.) Ritter wiederholt diesen Ausbruch, worauf er nochmals gerügt wird.

Abg. Heurich (Ztr.) bemerkt gegen Abg. Ritter: Wenn man die Quellen des Geldes in Deutschland erforscht, so ergibt sich die Notwendigkeit, daß das Ausland der unemigrierten Be-völkerung Deutschlands endlich ein Ende macht. Dafür sollen die Genossen Ritters bemüht sein. Dem Dames-Abkommen zuzustimmen war eine politische Notwendigkeit. Auch die Reichsparteien sehen heute ein, daß das nicht der richtige Weg war. Die Empörung über den Eisenbahn-Ver-waltungsrat ist berechtigt. Wir waren die An-reger zu den Maßnahmen. Darüber sollte die Reichsregierung Auskunft bekommen. Waren es vielleicht die Ausländer im Verwaltungsrat? Warum hat der Eisenbahnverwaltungsrat es ab-gelehnt, bei Beratung im Reichstags-Haushalts-ausschuss im Verkehrsministerium einen Vertreter zu bestellen? Der Offenburg-Job ist fürst-bar. Man muß sich fragen: Was geht da vor? Die Prämienausstattung muß korrigiert werden: Arbeiter und Beamte sollen gerecht be-zahlt werden. Die Prämie ist ein gewolltes System, das System der Charakterchwäche. Wenn alle Regierungen so einschließen dagegen aufzutreten, wie es heute wieder die badische Re-gierung getan hat, so wird das System bald wieder dem Abbau verfallen.

Abg. Schmidt-Breiten (Dnkl.) erklärt, die Stellungnahme seiner Fraktion in dieser Frage sei die gleiche, wie sie bereits im Reichs-tag festgelegt worden sei.

Aus dem Konzertsaal.

In dem von Margarete Voigt-Schweizer veranstalteten 16. Kammerkonzert kamen ausschließlich Werke von Max Reger zu Gehör. Einleitend spielte man die Sonate für Violine und Klavier in G-moll (op. 122), die der charak-teristische Einzelgänger durch ein ausgeglichenes und vor allem sehr feines Instrumentarium der drei Künstler Margarete Voigt-Schweizer (Violine), Hugo Rütze (Bratsche) und Mathilde Roth (Klavier) hervorbrachten, doch das klangliche Erlebnis im Adagio nicht zu jener Leppigkeit anjoch, die bei Reger wünschenswert wäre und als besonderes Kennzeichen einer verständnisvollen und hervorragenden Kunstausführung und des entsprechenden Könnens gilt. Nichts bedeutet bei Reger der einzelne Akkord, alles die Beziehung zur Tonalität, der innere Zusammenhang, die Bewegung. Man sieht sich dem gegenüber mit dem in folgenden als hiesige Erstaufführung gebiethen Werk, dem Trio in G-moll (op. 2), schon wegen seiner noch reichlich ungeschicklichen und im Thema weniger glück-lichen, für Regersfreunde aber als Zeichen weg-weisender Begabung und kühnen Schwungs (hauptsächlich in den Rationionen) interessanten Opus, weniger befreundeten, so wurde doch die bei der Sonate entfremdende Auffassung hier zum Vorteil. Der allgemeine Ruf harmonischer Be-wegung ist ohnedies im G-moll-Trio noch etwas träge und trotz technischem Einheitsstreben auch nicht einheitlich genug. Eine auffallend be-stimmte und geschlossene Art der Ausdeutung und eine liebevolle Ausarbeitung durch die drei genannten Künstler verhalf diesem Werk zu einem nachhaltigen Erfolg. Es verdient be-sonderen Dank, daß man dieses Kammerkonzert als sonntägliche Morgenveranstaltung arrangiert, bei der auch immer ein härterer Versuch erwartet werden kann, wie sich am vergangenen Sonntag bereits gezeigt hat.

Die Vorliebe für die Sequenz bei Reger ist von Nachahmern, am gleichen Abend ein Nach-Kon-

zert zu hören, das in der evangelischen Stadt-kirche stattfand und Werke für Orgel, Violine und Gesang umfaßte. Organist P. D. Müller erzielte durch laubere Reduit und seine weitge-spannte musikalische Auffassung in der G-dur-Fuge starke künstlerische Wirkung. Frau Wirth-Imberti festelte mit geistlichen Liedern durch anachronischen und feinfühligem Vortrag und Fräulein Schille spielte auf der Violine die berühmte Chaconne, so daß dieses Kirchenkonzert für die anhänglichen Zuhörer ein künstlerischer Gewinn war.

Ein Zeitalter ist umso größer, je mehr Ver-gangenheit es über sich hinweg zu gebrauchen weiß, je mehr es sich von der Vergangenheit bezeugen vermag; denn so lange irgend ein alter Geist nicht ganz zur eigenen Form des neuen geworden ist, wirkt er in diesem vergriffen fort. In ihrer letzten Verachtung ist unsere Zeit so reich geworden, darum fehlt es uns auch bei hohen Künstlern an der Kunst. Macht irgend ein Künstler Musik, so mischen sich un-erwartete Klangelemente mit gefühlsvollen und zarten Intonationen aus der Vergangenheit und die Harmonie als Nachspiel weicht. Als das böh-mische Streichquartett im Eintrachtsaal am Donnerstagabend Einzug hielt und in hin-reißender Wucht Dvorak und Smetana spielte, daß solcher Glorionen ihrer Vergangenheit selbst ein kunstloses Kind erschauern mußte, da merkte man, was eine Verankerung und folgerichtige Bindung zu vergangenem Gut be-deutet. Eine Auflösung scharf umrissener Abgren-zung vermischte sich mit stark nationalem Einschlag als besonders kraftvolles Kennzeichen zu ein-eitlicher, geschlossener und blutvoller Musik. Das Streichquartett in Es-dur (op. 51) von Dvorak hält trotz starker Schwankungen im Klangelement immerhin noch an einer zügig schwebenden Linie fest, festet durch eigenartige Motivation, neigt in der Romane etwas zur Eintrachtigkeit, aber gibt den Künstlern Gelegenheit, allen sinnlichen Reizen ihrer Instrumente zu beweisen. Carl Hoffmann (I. Violine), Josef Sutz (II. Bio-line), Georg Herold (Bratsche) und Ladislav Jelenc (Cello) entfalteten mit leichtfüßigem, eigenartig knappem, beim Crescendo lust-

voll-erregtem Spiel gewaltige Energien: eine Musik, die (bei eiserner Einheitslichkeit im Zu-sammenspiel) dem Ohr ebenso schmeichelt wie sie Verstand und Gemüt durch die Abstrich ihrer Gestaltung beglückt. Smetanas Streichquartett „Aus meinem Leben“ umfaßt in charakteristi-schen Einzelzügen bei manchmal dramatischer Geladenheit (Allegro moderato a la Polka) Lust und Leid eines ganzen Lebens. Der vierte Satz stellt den Gipfel der Durchführung dar, indem sonst nirgends eine solche Energie musikalischer Ge-staltung aufgewandt wird. Die Meisterhaft, eine Grundstimmung gegen Kontraststimmun-gen hell und sieghaft aufzuweisen zu lassen, höchste musikalische Balancen immer fein und empfindungsvoll zu treffen, das ist das Kenn-zeichen der hohen und jedem virtuosigen Zierwerk-baren Kunst des böhmischen Streichquartetts. Daß man auch nach Beethoven zu hören bekam, und dazu noch in ebenso vollendetem und geistig ausgebreiteter wie wiederum technisch meisterhafter Verdichtung, erhöht zwar den Ruf dieser Vollblutmeister um beträchtliche Grade, doch hätte man sich in Anbetracht der Geschlossenheit des Programms und eines einheitlichen Ein-drucks mit Dvorak und Smetana bescheiden sollen.

Aufführung in Heidelberg.

Am Mittwoch gelangte das Klavierkonzert von Otto Böck durch das Kaiserliche Landes-Sym-phonie-Orchester erstmals zur Aufführung. Es ist keineswegs ein Klavierkonzert in althergebrach-tem Stile, indem das Klavier durchaus als Solo-instrument an dem Orchester hervortritt. Ihm fehlt fast vollständig dieses Moment, abgesehen von einigen ihm eigens zugeordneten Stellen, denn es fügt sich vollkommen an den Orchesterkörper an. Das ganze Opus, obwohl nur aus einem Satz bestehend, zerfällt in drei Teile, von denen jeder einzelne seine eigenen Reize und Wirkungen in sich birgt. In dieser gehaltenen Stimmung be-ginnen Holz und Blech im Pianissimo das Thema des ersten Satzes, das allmählich zum ganzen Orchester übernommen wird, unter feinstimmiger Hinzufügung des Klavierparts, der gleich bei den ersten Takten ein Bild von der Wucht und den technischen Schwierigkeiten gibt. In mächtiger

Steigerung, in der er die Streicher mit Sa-lundenläufen in schwindelnde Höhe führt, gelangt der erste Teil zum Abschluß, und ein überaus zart gehaltenes Andante, mit dem Klavier be-ginnend, leitet zum zweiten Teile über. Wie eine Kampfszene wirkt dieser ganze Satz, gleichsam als wolle sich das Orchester ein wenig Ruhe gönnen, um dem äußerst schwierig gehaltenen Presto-Satz gerecht zu werden. Mächtig und jäh setzt der dritte Teil ein, ein Präludium, das die beiden Themen der nachfolgenden Doppelfuge kurz andeutet. Zu feingebaltemer Abstrich beginnt das Klavier mit dem Hauptthema der Fuge, das von Oben und Unten weitergeführt und sich über das ganze Orchester verbreitet, zu mächtiger Stärke anwächst, um das zweite Thema dem ersten ähnlich aufzunehmen. Ein impetoneses Maestoso in chorähnlichem Stile gehalten, bringt dann das Werk zu einem gewaltigen Abschluß und leitet ihm die würdige Krone auf.

Eine Weiterführung und Fortentwicklung des uns bisher überlieferten Stiles ist in diesem Opus nicht zu erkennen. Der ganze Aufbau und Orche-sterführung, die nicht immer glücklich gewählt war, weisen auf H. Wagner und R. Strauß hin und fast könnte man glauben, man höre hier und da deutlich Aft hindurch, während die Durchfüh-rung der Fuge in ihrer polyphonen Art den Ein-fluß Regers erkennen lassen.

Ein solches Werk kann nur von einem gut dis-ponierten und großen Orchester aufgeführt wer-den. All den großen Schwierigkeiten, besonders rhythmischer Art, die in des Werke liegen, war das Orchester voll gewachsen, doch hätte dem Auf-bau der Fuge in den einzelnen Stimmführungen mehr Achtung geschenkt werden dürfen. Nicht wenig überraschte der Komponist, der selbst den Klavierpart übernahm, mit einer erstaunlichen Technik, die nur die Aufführung seines überaus schwierig gehaltenen Werkes ermöglichte und ihn hiedurch zum Helben des Abends machte.

Die Aufführung war untrübt von Beethoven's „Symphonie“ übertrifft und von H. Strauß' selten aufgeführten symphonischen Dichtung „Ein Sel-derleben“. Beide Werke wurden in einer prä-zisen Form wiedergegeben, wie wir es von dem Kaiserlichen Landes-Symphonie-Orchester unter der be-rühmten Leitung des Herrn Prof. Ernst Boeck genöhnt sind.

Pianos-Harmoniums erste Weltmarken zu günstigen Preisen und Bedingungen **Pianohaus Lang** Kaiserstr. 167/1 Telefon 1073 Salamander-Schuhhaus

Nach einem Schlußwort der Interpellanten, worin u. a. der badiische Regierung dafür gedankt wurde, daß durch ihre Bemühungen die Zahl der Entlassungen von über 900 auf 750 reduziert wurde, und des Antragstellers, der über den Antrag des Abg. Ziegelmayer Oberört abgelehnt, er wurde einstimmig angenommen. Damit war diese Angelegenheit erledigt.

Nach 1 Uhr sollte noch in die Besprechung von Bahnaufträgen eingetreten werden. Da aber während des Vortrages des ersten Vortragsredners Fischer Wortmeldungen beim Präsidenten eingereicht, also eine längere Debatte zu erwarten war, brach dieser den Bericht ab und setzte die nächste Sitzung auf nachmittags 4 Uhr fest.

In der Nachmittagsitzung fehlten zu Beginn eine Reihe von Abgeordneten und vor Eintritt in die Tagesordnung (Anträge wegen der Bahnaufträge — St. Wästen, Mendel und Wurgelbahn usw.) bezweifelte Abg. Ritter (Kom.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Es erhob sich darüber eine Geschäftsordnungsdebatte, in der von dem Abg. Dr. Fischer erklärt wurde, die Rentumsatz seien heute vormittag bereit gewesen, die Tagesordnung zu erledigen, jetzt mögen auch die anderen dem Beispiel folgen. Gegen Abg. Maier (Soz.), der meinte, man könne es kurz machen, da ja im Ausschusse die Dinge eingehend besprochen worden seien, betonte Abg. Ziegelmayer das Recht des Plenums, sich zu solchen wichtigen Fragen ebenfalls zu äußern. Man mußte über einen eingehenden Antrag auf Verlegung abstimmen werden und es ergab sich, daß nur 26 Abgeordnete anwesend waren, also nicht die erforderliche Mehrheit (48). Die Sozialdemokraten fehlten ganz bis auf den Vorposten. Die Sitzung wurde also auf eine halbe Stunde vertagt.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen beantragte Abg. Maier (Soz.) übermüht Verlegung und nach einer erregten Geschäftsordnungsdebatte, in der Abg. Dr. Fischer (Soz.) das Recht des Plenums, sich zu solchen wichtigen Fragen ebenfalls zu äußern. Man mußte über einen eingehenden Antrag auf Verlegung abstimmen werden und es ergab sich, daß nur 26 Abgeordnete anwesend waren, also nicht die erforderliche Mehrheit (48). Die Sozialdemokraten fehlten ganz bis auf den Vorposten. Die Sitzung wurde also auf eine halbe Stunde vertagt.

In der neuen (21.) Sitzung berichtet dann der Abg. Fischer (Soz.) für den Ausschuss über die Eisenbahnaufträge. Der Antrag des Ausschusses lautet:

I. Bahn Tübingen—St. Wästen.

II. Die Gesuche desselben Betreffs a) der Gemeinden Altkirchheim, Wittenau, Kalkau, Neuglashausen, der Kalkauer Industrie und des Heilberger Hotelgeschäftes, b) der Handelskammer Heilbrunn, c) der Städtgemeinde St. Wästen.

III. den Antrag der Abg. Dr. Schofer und Genossen, Weiterbau der Mendelbahn (Berichtserichter Abg. Fischer—Soz.).

Der Haushaltsausschuß beantragt, der Landtag wolle: 1. die Regierung ersuchen, bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck auf die Fertigstellung der unter § 17 des Staatsvertrags über den Oberlauf der badiischen Eisenbahnen an das Reich fallenden Bahnlücken Tübingen—St. Wästen, Eppena—Griesbach, Kammingsbach—Möhrleinsbach und Breiten—Münchbach hinzuwirken; 2. die obigen Anträge und Gesuche darüber für erledigt erklären.

Als der Berichterstatter genügt hatte, beantragte Maier (Soz.) wieder die Vertagung und Ritter (Kom.) bezweifelte die Beschlußfähigkeit des Hauses. Nach langem Erregten hin und her ergab sich wiederum die Beschlußfähigkeit, es waren 36 Abgeordnete anwesend. Jetzt wurde ein Ende gemacht und der Präsident beantragte die nächste Sitzung auf Donnerstag 26. Februar, an Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung und Aufwerfungsfrage. Am Dienstag, 24., und Mittwoch, 25. Febr., finden Beratungen des Haushaltsausschusses und der Fraktionen über diese Frage statt.

Literatur.

Der Stand der Aufwertung. Die Aufwertungsfrage ist kein Problem, das mit Nein oder Ja gelöst werden kann. Wie darüber zu streiten ist, muß das Thema bis in seine einzelnen Verzweigungen beherrschen. Eine wertvolle und unparteiische Untersuchung der volkswirtschaftlichen Grundlagen und Voraussetzungen bietet eine soeben erschienene Broschüre, Ferdinand Anders, „Der Stand der Aufwertung“, Verlag Hans Dohren, Berlin SW 61, Büchertit. 12. — Preis 50 Pfennig.

Ausgehend von der Regelung der Aufwertung in der S. Steuernotverordnung unterliegt der sehr kenntnisreiche Verfasser die öffentliche Verhandlung der Aufwertungsfrage einer sachlichen Kritik. Er unterzieht dann die Tragfähigkeit der einzelnen Schuldnergruppen und nimmt schließlich Stellung zu der erhöhten Aufwertung. Diese Stellungnahme geschieht vom Standpunkt der deutschen Volkswirtschaft, ja vielleicht von einer sogar noch höheren Partie aus, der Weltwirtschaft.

Wäge die aufschlußreiche Schrift viele Leser finden! Das Material, das sie bietet, wird auch in der deutschen Volksallgemein bekannt und die sozialen und wirtschaftlichen Grundgedanken, die sie berührt, allgemein anerkannt zu werden.

Das Kapitulum und Deutschland nach der Wahrheit und Gerechtigkeit. Eine Abwehr gegen die Verleumdungen der Feinde des Kapitulum. Von Fr. Ritter v. Lama. 40 Seiten, 55 Pfg.

Es gibt Menschen, denen der Kampf gegen die „Katholische Kirche“ Lebensaufgabe und Bedürfnis ist. Sie haben darum schon während des Krieges nicht ganz schweigen können und dem Elend immer wieder jeden seiner Schritte und

jede seiner Aeußerungen als eine Verachtlichung Deutschlands ausgelegt. Und nach dem Krieg ist der alte Kulturkampf wieder zornig aufgeladert und das schmählichste ist, daß Ludendorff keine größere Aufgabe mehr gefunden hat — als sich zum Sprachrohr aller Elemente zu machen, die die römisch-katholische Kirche als Hindernis und als „Völliger Blud“ sich nicht haben genug tun können, Schmachtschreie zu verbreiten und aller Gerechtigkeit und Wahrheit ins Gesicht zu schlagen. In dieser ganzen Zeit hat als einer der Treuesten Fr. v. Lama die Wahrheit gesagt und die zahlreichen Verleumdungen und (unbewußten?) Lügen abgelöst. Aber wie te Kräfte der deutschen Katholiken haben infolge ihrer politischen Einstellung wohl die vielen und wiederholten unmaßvollen Behauptungen gelesen — aber nur wenige die Wahrheit und so haben sich gar manche das falsche Urteil gebildet: Ganz korrekt haben die Kapitel doch nicht gehandelt. — Diese Schrift nun, die nur in den wichtigsten Punkten die falschen Behauptungen sehr scharf richtig stellt, wäre instand, die Wirkungen der jahrelangen Verleumdungen zu beseitigen und die Katholiken von neuem zur treuen Liebe gegen den H. Vater zu begeistern. Zudem ist Fr. v. Lama v. Lama v. Lama mit dem römischen Christentum und mit der Auslandspresse vertraut, jedoch jeder mit Interesse und mit wachsender Freude diese Apologie des Kapitulum lesen wird.

Nächsten vor allem die Gebildeten sich die Verbreitung der Schrift in ihren Kreisen angelegen sein lassen, sowie möglichst auch in den evangelischen Familien, mit denen es Verstand oder Freundschaft oder das gleiche Wohnhaus in Verbindung bringt, möchten Sie auch in Vorträgen der Katholiken reden, da ihnen mit dieser Schrift unabweisbares, zusammenhängendes Material dargeboten ist.

Der Stand der Aufwertung. Die Aufwertungsfrage ist kein Problem, das mit Nein oder Ja gelöst werden kann. Wie darüber zu streiten ist, muß das Thema bis in seine einzelnen Verzweigungen beherrschen. Eine wertvolle und unparteiische Untersuchung der volkswirtschaftlichen Grundlagen und Voraussetzungen bietet eine soeben erschienene Broschüre, Ferdinand Anders, „Der Stand der Aufwertung“, Verlag Hans Dohren, Berlin SW 61, Büchertit. 12. — Preis 50 Pfennig.

Der Stand der Aufwertung. Die Aufwertungsfrage ist kein Problem, das mit Nein oder Ja gelöst werden kann. Wie darüber zu streiten ist, muß das Thema bis in seine einzelnen Verzweigungen beherrschen. Eine wertvolle und unparteiische Untersuchung der volkswirtschaftlichen Grundlagen und Voraussetzungen bietet eine soeben erschienene Broschüre, Ferdinand Anders, „Der Stand der Aufwertung“, Verlag Hans Dohren, Berlin SW 61, Büchertit. 12. — Preis 50 Pfennig.

Das Schluchsewert im Rahmen der bad. Wasserwirtschaft.

Die Antwort des Finanzministers Dr. Köhler auf die Schluchsewert-Interpellation im Landtag.

Wenn man dem Zweck und der Bestimmung des Schluchsewertes gerecht werden will, muß man den Blick auf die Gesamtleistungsvermögen und die allgemeine Wasserwirtschaft des Landes wenden und die Eigenart der Grundlagen unserer badiischen Wasserwirtschaft sich vor Augen halten. Der eine Teil unserer Wasserwirtschaft ist das natürliche Kraftdargebot unserer Wasserläufe, der andere der Kraftbedarf des Landes; zwischen beiden hat eine planmäßige Verknüpfung Mittel und Wege zu finden, um das Kraftdargebot dem Kraftbedarf anzupassen. Meinen späteren Einzelaussführungen voraus greifend, will ich gleich erklären, daß der Hauptzweck des Schluchsewertes in dieser Anpassung des natürlichen Kraftdargebots an den Kraftbedarf unseres Landes besteht; es erfüllt damit eine Aufgabe, die eben von keiner anderen Kraftquelle in gleich wirtschaftlicher Weise übernommen werden kann. Diese Feststellung muß getroffen werden, obwohl Baden im Verhältnis zu seiner Größe das an Wasserkräften reichste Land Deutschlands ist. Wenn durch den Ausbau der Oberstufe 55 Millionen Kilowatt-Stunden gewonnen werden, so liegt die Bedeutung dieser Tatsache nicht nur darin, daß der Elektrizitätsbedarf 44 oder 55 Millionen Kilowatt-Stunden mehr zur Verfügung stehen, sondern daß diese Kraftmengen zu einer Zeit zur Verfügung stehen, wo sie dringend gebraucht werden und von anderen Kraftquellen nicht in ebenso wirtschaftlicher Weise geliefert werden können.

Jede Wasserkraft ist das Produkt aus Wassermenge und Gefälle. Da das Gefälle bei den ausgebauten Anlagen im allgemeinen unänderlich ist, hängt die Menge der Wasserkraft im Rahmen der Ausbaugröße des Werkes hauptsächlich von der zur Verfügung stehenden Wassermenge ab, also von der Wasserverfügung unserer Flüsse und Flüsse. Diese ist aber sehr wechselnd und abhängig von den Niederschlägen, vom Abschmelzen der Gletscher im Sommer (heime Obersee) sowie in Bezug auf ihre zeitliche Verteilung und Gleichmäßigkeit von dem Zurückhaltungsvormögen der Seen oder künstlichen Talsperren. In der mehr oder minder ausgeglichene Wasserverfügung eines Flusses ist — bei sonst gleichen Verhältnissen — die größere oder geringere Wirtschaftlichkeit der an ihm errichteten Wasserkraftanlagen begründet. In unserem Lande zeigen sich in dieser Beziehung die Binnensysteme aus dem Mittelgebirge und dem Hügelland wesentlich verschieden von dem Oberrhein, dessen Wasserverfügung vom Alpenregime bestimmt wird, und der in den großen Alpenrande aus geeigneten natürlichen Ausgleichsbedingen besteht. Als Typ eines größeren Binnensystems nenne ich den Neckar, der in Mannheim bei Niederrhein 40 Kubikmeter, bei Mittelwasser 90 Kubikmeter und bei gewöhnlichem Hochwasser 300 Kubikmeter führt. Die niederen Wasserstände treten gewöhnlich im Sommer, die höheren Wasserstände in der Regel im Winter ein. Ganz andere Verhältnisse haben wir beim Alpenfluß, dem Oberrhein. In Basel beträgt das Niederrhein 500 Kubikmeter, das Mittelwasser 1000 Kubikmeter und das gewöhnliche Hochwasser 2500 Kubikmeter. Die niederen Wasserstände treten im Winter, die hohen Wasserstände im Sommer ein.

Schon aus diesen wenigen Zahlen ist ersichtlich, daß am Neckar während des Sommers wenig, während des Winters viel Wasserkraft zur Verfügung steht, während am Oberrhein im Sommer sehr reich, im Winter dagegen geringere Kraftmengen gewonnen werden können. Bedenkt man weiter, daß am gesamten Neckarlauf von Mannheim bis Bisingen etwa 250 Mill. Kilowatt-Stunden gewonnen werden können, während am Oberrhein von Basel bis zum Bodensee mindestens 3500 Mill. KW-Stunden erschlossen werden, so sieht man, daß die rechte Kraftquelle unseres Landes der Oberrhein ist und daß sie im Sommer ergiebiger ist als im Winter. Dieser normale Verlauf des Kraftdar-

gebots gilt nur für den Durchschnitt mehrerer Jahrzehnte; im Einzeljahr, das für die Kraft-erzeugung maßgebend ist, wird diese große Linie durch viele Einzelanalogien unterbrochen, wodurch die Gleichmäßigkeit der Kraftlieferung stark beeinflusst wird.

Wie steht es nun mit dem anderen Teil der Wasserwirtschaft, mit dem Kraftbedarf? Da ist leider festzustellen, und das ist sehr wesentlich, daß die Kurve des Kraftbedarfes nicht sehr gut mit der Kurve des Kraftdargebots zusammenhängt. Im allgemeinen ist der Kraftbedarf im Winter größer als im Sommer, während wir eben gesehen haben, daß das Kraftdargebot im Sommer größer ist als im Winter. Insofern ist diese Antagonie weniger schmerzhaft als der Umstand, daß der Kraftbedarf innerhalb 24 Stunden ganz unregelmäßig ist und z. B. während der Nacht ganz gering ist, an einzelnen Tagestunden aber gewaltige Spitzen aufweist. Das Kraftdargebot unserer Flüsse aber ist während 24 Stunden annähernd konstant, da die Wasserführung der Gemäßer innerhalb 24 Stunden nahezu gleich bleibt. Will man also den Spitzenbedarf decken, so muß man entsprechend viele Maschinen-einheiten aufstellen, die größtenteils nur 8 bis 10 Stunden in Betrieb sind, da für die übrigen Stunden für die zu erzeugende Kraft kein Bedarf ist. Das Wasser läuft in dieser Zeit unausgenutzt im Flußlauf ab.

Die Schwankungen im Kraftbedarf, wie sie die Industrie, Landwirtschaft und Hauswirtschaft zeigen, werden leider nicht gemildert durch den Bedarf für den elektrischen Bahnbetrieb, für den Baden als von der Kohle entsetzt liegendes, dagegen mit Wasserkraft gesegnetes Land die Voraussetzungen besitzt, und der unbedingt gefördert werden muß. Diesen Kraftbedarf ausfließen, wie dem Neckar, mit seiner ungleichmäßigen, im Sommer beinahe versiegenden Kraftlieferung allein beden zu wollen, wäre völlig unüberlegbar; auch der Oberrhein kann die Spitzen in wirtschaftlich vertretbarer Weise nicht decken, sondern nur die Grundbelastung des elektrischen Bahnbetriebs übernehmen.

Eine planmäßige Wasserwirtschaft muß Verstand, Mittel und Wege zu finden, um das natürliche Kraftdargebot unserer Wasserläufe dem Kraftbedarf unseres Landes anzupassen. Als ein sehr nahe liegendes Mittel kann auf Grund meiner Ausführungen über die zeitliche Verschiedenheit der Wasserverfügung der Binnensysteme und des Oberrheins der Versuch angesehen werden, im Sommer Heberflusstrom vom Oberrhein an das Binnensland abzugeben und umgekehrt im Winter Heberflusstrom aus den Binnensystemen an den Oberrhein zu liefern. Somit ein solcher Ausgleich im Hinblick auf die Ungleichheit der Kraftmengen technisch und wirtschaftlich möglich ist, soll er durch die Bundesstaaten des Badenwerks — die jetzt im Bau befindliche 100 000 Voltleitung — erfolgen, wodurch auch durch Zusammenfassung der kleineren Versorgungsgebiete zu einem größeren Bezirk ein gewisser Spitzenausgleich innerhalb 24 Stunden erreicht werden kann. Ich will aber gleich bemerken, daß der Durchführung dieses Gedankens manche technische und finanzielle Schwierigkeiten entgegenstehen und eine reifliche Lösung von dieser Maßnahme nicht erwartet werden darf.

Einen zweiten Weg sehen wir darin, das Wasser, das etwa bei Hochwasser nutzlos, zum Teil sogar schadenbringend abfließt, aufzuspeichern, um es in Zeiten von Wasserknappheit den Wasserwerken zur Umsetzung in elektrische Energie zuzuführen. Diesen Zweck verfolgt man bei der Anlage von Talsperren, z. B. beim Wurgelbach durch die Schmarzenbachsperrre, in Wöhrenbach durch die Binachsperrre, in Bräunlingen durch die Brändbachsperrre. Auch bei der für die Zukunft geplanten Bodenseeaufstauung sucht man durch Zurückhaltung des Wassers im Sommer Zulußwasser für die Kraftwerke im Winter zu erhalten, wodurch nach Ausbau des Oberrheins eine Zulußleistung von etwa 160 Millionen Kilowatt-Stunden wertvoller Winterkraft erreicht werden könnte.

Während die eben geschilderte Maßnahme von der Verschiedenheit der Wasserverfügung in den einzelnen Jahreszeiten ausgeht und im Verlauf des Jahres in die Erscheinung tritt, knüpft ein anderes Mittel an die Verschiedenheit des Kraftbedarfes in den einzelnen Tagesstunden an und speichert das Wasser in Stunden geringen Kraftbedarfes auf zur Benützung in Stunden hohen Kraftbedarfes. Man spricht dann von einem

H. Thöne, Jungdeutscher Orden und kathol. Jugend. 0,20 Mk., bei 20 Stück je 0,15; Verlag der Scholle, Berlin-Weißensee.

Es lebt viel gesunder Idealismus im Jugend, viel edles Wollen, aber die Gesamtsituation ist in wesentlichen Einzelfragen so einseitig, daß es uns als Verrat an deutschen Volk und an unserem katholischen Glauben erscheint, wenn wir kritisches die jungdeutsche Arbeit unterstützen wollen. Mit diesen Worten leitet der Verfasser seine Untersuchung ein. Sie behandelt die soziale, die nationale und die interkonfessionelle Arbeit des Ordens und weist überzeugend nach, daß die Bischöfe allen Grund hatten, vor dem Orden zu warnen. Die Schrift soll in Massen verbreitet werden. Jeder, der mit der Jugend arbeitet, muß sie besitzen. In keinem Jugendverein, in keiner Gruppe der Jugendbewegung darf sie fehlen.

Ferr, lehrte uns beten! Alle und neue Hülfe, das Vaterunser andächtig zu beten. Herausgegeben von Domvikar Wilhelm Schlags, Trier 1924. Verlag der Paulinusdruckerei. 32. Tausend. Preis 10 Pfg., in besserer Ausstattung 20 Pfg. Bei Part bezug billiger.

„Euer Vater weiß, was ihr braucht, schon bevor ihr ihn darum bittet.“ So spricht Jesus zu seinen Jüngern. Er war es, der sie lehrte, in der Sprache sich an den Vater im Himmel zu wenden, in der wir heute das Vaterunser beten. Das Vaterunser ist eines der einfachsten Gebete der Welt! So spricht der Verfasser. Wenn du mit solcher Wärme zu einem Menschen redest, der wie du von der Gnade des Himmels Vater abhängig — um wieder mehr Andacht muß dich dann erfüllen, wenn du über die Fragen die dich beschäftigen und ewigen Heils vertrauliche Rücksprache mit dem Allerhöchsten hältst! Um in jeder Brust eine solche Andacht zu erwecken und alle Seelen für das Gebet der Ge-

betagsausgleich im Gegensatz zum Jahreszeiten-gleich. Für diesen Zweck eignen sich besonders Hochdruckwerke mit einem Speicherbecken, in welchem entweder bei genügendem Zufluß das Wasser nur zurückgehalten oder bei kleinem Zufluß durch Pumpen mittels billiger Heberflusstrom wieder zurückbefördert wird. Den gleichen Zweck verfolgt auch die sogenannte Tages-speicherung bei Niederdruckwerken, wie sie für den Rhein im Bodensee, für den Neckar in besonderem Speicherbecken möglich wäre. Ein bekanntes Beispiel für die oben geschilderte Maßnahme sehen wir in den alten Mühlenweihern, bei denen in mäßiger Zeit die Schützen geschlossen und der Betrieb so lange eingestellt wurde, bis soviel Wasser im Mühlteich angesammelt war, um den Betrieb wieder einige Stunden fortzuführen.

Deutschland.

Ludendorff demittiert, daß er sein Reichstagsmandat niederlegen wolle und an seine Stelle dann Hauptmann Roehm trete. Sachlich bleibt es übrigens gleich, ob Ludendorff im Reichstag sitzt oder nicht. Eine imponierende Figur im Parlament ist Ludendorff noch nie gewesen.

Der Bund „Oberland“.

München, 20. Febr. Infolge der Aufhebung der Partei- und Organisationsverbote soll nun auch der Bund „Oberland“ zu neuem Leben erweckt werden. Die Leitung des Bundes hat Dr. Weber übernommen. Zu Ostern soll eine allgemeine Führertagung stattfinden. Ein Aufruf zum Anschluß wird unter der Parole veröffentlicht: „Großdeutsch, mehrhaft und frei!“

England.

Die englischen Luftkrieger.

London, 20. Febr. Die gegenwärtige Stärke der britischen Luftstreitkräfte beträgt, abgesehen von verschiedenen Abflugs-einheiten 54 Geschwader. Von diesen sollen 25 für die Verteidigung Englands, 8 für den Irak, 6 für Indien und je 4 für Ägypten und Palästina verwendet werden. Die Zahl der Geschwader für die Landesverteidigung beträgt 18 und wird in den Jahren 1925 bis 1926 um weitere 7 Geschwader vermehrt werden. Man nimmt an, daß es notwendig sein wird, in Irak solange 6 Geschwader zu unterhalten, bis die Nordgrenze genügend gesichert ist. Die Regierung beschäftigt die Garnison in Irak sobald wie möglich zu verringern. Die britische Regierung wird eine Verordnung erlassen, in der die im Irak aufgeführten werden, sich in die Luftreserve einschreiben zu lassen, um im Notfall ausgebildet zu werden.

Aus dem besetzten Gebiet.

Ein Urteil des französischen Militärgerichts in Düsseldorf.

Düsseldorf, 20. Febr. Das hiesige französische Militärgericht verhandelte gegen die beiden kommunistischen Arbeiter Schimanik und Lemarau, die angeklagt waren, unter den französischen Besatzungsstruppen antimilitaristische und revolutionäre Propaganda getrieben zu haben. Die Angeklagten wurden zu 3—3½ Jahren Gefängnis verurteilt.

Nicht Abbau, sondern Verstärkung der Besatzung.

Kettwig, 20. Febr. Vom Besatzungsamt wurde für 22. Februar das Eintreffen von 200 französischen Soldaten und 200 Werten zu vorübergehendem Aufenthalt angekündigt. Weiter wurde mitgeteilt, daß mit einer Aufhebung der Besatzung in diesem Jahre nicht zu rechnen sei, sondern eher die Truppen verstärkt würden.

S. Geiser, Deutscher Gesundheitsdienst. 0,15 Mk., 10 Stück 1 Mk. Verlag der Scholle, Berlin-Weißensee.

Ein Katechismus der Gesundheitspflege, gehört in jedes Haus, sollte in allen Schulen durchgearbeitet werden, und bei allen Schulausschüssen den Kindern mitgegeben, oder von Gesundheitsbehörden und Stellen unter Volk verteilt werden.

„Naturjagd“. Zeitschrift für Naturdenkmalpflege und verwandte Bestrebungen. Herausgegeben von Dr. Hermann Geiser, Berlin-Digterfelde.

Von diesem monatlich erscheinenden Organ des Volkshundes Naturjagd, das auch die Mitteilungen der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege und der angeschlossenen Stellen in den Provinzen regelmäßig bringt, liegt wieder ein Heft vor. Der Inhalt beweist erneut, daß es dem Herausgeber gelungen ist, die Schrift zu dem fesselnden Blatt zu machen, das über alle Gebiete des Naturforschens zuverlässig unterrichtet. Aber auch darüber hinaus bietet der „Naturjagd“ durch seine Aufsätze und Mitteilungen sowie durch reichen Bildschmuck allen Naturfreunden viel Unterhaltung und Anregung, so daß auch unser Lesern der Bezug der Zeitschrift (nur 6.— Mark für das Jahr) warm empfohlen werden kann.

Handeln denken ab gegen die Art. den betr. die Auf. ten unteren Be. behandelt hat. Am e zu Biffer 2 der unministerium wird gegen Entlassungen (eines) eintreten. den da Sonderbe. die badijsche Me. g zu erreichen. maier bemerkt. Vorstellungen des in Berlin die. fällig besser, die Offenburg nach Zweck der Zukun. eien beim Abhan. Da das bad. geschlossen hält. in der Industrie. Berlin vorstellig. die Aufstellung. zu hoch (27. Re. gegenüber dem.) Bezüglich der. nur in Baden in. dlich, in Berlin. Verwaltungsrat. ist sich aber jeht. in Rats zu erhol. über das befragt.

rt für den Kst. und für Verme. unden. Von den. Beschäftigt wer. Maßnahmen liegen.

entent die müst. n Schwelgen, edens überflüssig. ellung von Woh. nden Werkstätte.

ie Kommunisten. arische Aktionen, mensichlich aller. ienlampf, Klaffe. iger Schieber. r Arbeiter- und. ungarniger weit. zurück.) Ritter. auf er nochmals.

rtzt gegen Abg. des Landes in. in die Kommen. ichtigen Be. in Ende macht. es bemüht sein. nmen war eine. e Reichsparteien. er richtige Weg. Eisenbahn-Ver. wesen die An. wörter sollte die. en. Waren es. Verwaltungsrat? ungsrat es ab. sttagshaushalt. einer Vertre. Fall ist fürht. geht da vor? korrumpierend. llen gerecht be. ein gewolltes. arakteristische. aritäten dagegen. e badijsche Re. s System bald.

onali.) erklärt. tion in dieser. itis im Reichs.

icher mit Ge. fährt, gelangt. ein überaus. ein Malver. de über. Wie. Sak, gleichsam. wenig Ruhe. rig gehalten. dchtig und jäh. ndium, das die. oppelstuge Kur. thmus beginnt. der Zuge, das. und sich über. zu mächtiger. Thema dem. n impoantes. erhalten, bringt. Abflus und

ntwicklung des. diesem Dous. zu und Orde. gewählt war. rauf hin und. hier und da. die Durchfüh. Art den Ein.

inem gut dis. geföhrt wer. den, besonders. liegen, war. mitte dem Auf. umführungen. rfen. Nicht. er selbst den. ermittelnden. iese überaus. ige und ihn. nachte.

n Beethovens. drauß jellen. „Ein Secl. einer prä. es von dem. er unter der. Ernst Boehl. S. 1. B.

Nr. 167/1
1073
Schuhhaus

Spiel und Sport. Sportvorschau für Sonntag.

Der Sonntag bringt uns in den Kämpfen um die Süddeutsche Meisterschaft nur zwei Spiele. In Frankfurt stehen sich die Frankfurter F.S.B. und die Wiesbadener F.B. in der Vorrunde gegenüber.

In Karlsruhe findet eine interessante Begegnung statt. Der Stuttgarter Sportklub, der sich mit knapper Mühe in der Bezirksliga halten konnte, weilt bei dem Karlsruher Fußballverein als Gast, um in einem Privatspiel ihre gegenseitige Stärke zu messen.

Handel u. Volkswirtschaft.

Berlin, 20. Febr. Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Table with exchange rates for various cities including Amsterdam, Buenos Aires, Brüssel, Oslo, Kopenhagen, Stockholm, Helsinki, Italien, London, New-York, Paris, Schweiz, Spanien, Lissabon, Japan, Rio de Jan., Wien, Prag, Jugoslawien, Budapest, Sofia, Danzig.

Börsenbericht.

Berlin, 20. Febr. Die Börse eröffnete heute in uneinheitlicher, aber doch überwiegend befestigter Haltung. Wenn auch die Vorteile der neuen Steuervorlagen erst im Jahre 1926 zum Ausdruck kommen und wenn sie auch gegenüber dem laufenden Jahre kaum nennenswerte Erleichterungen bringen, so genügt doch bei der gegenwärtigen Lage der leiseste Anstoss, um eine freundlichere Auffassung durchsetzen zu können.

Pfundes festzustellen. Heimische Renten im Verlaufe leicht befestigt. Die anfänglich freundliche Stimmung konnte sich auch im weiteren Verlauf fast allgemein behaupten; teilweise wurden sogar weitere Kursbesserungen erzielt.

Wirtschaftsschau.

Die Effektenbörsen hatten in dieser Woche unter mehrfachem Stimmungswechsel zu leiden bei annähernd behaupteten Kursen. Das Geschäft beschränkte sich jedoch fast ausschließlich auf die Spekulation, die sich von den bisher führenden Montan- und Bankaktien ab- und einer Anzahl Nebenwerte zuwandte.

Am Devisenmarkt war der französische Franken in den letzten Tagen starken Schwankungen unterworfen. Die Anforderungen an Devisen an die Reichsbank waren wieder etwas geringer. Die Devisen Bukarest wurde diese Woche nicht notiert mit Rücksicht auf die Unklarheit, die bezüglich der Behandlung der deutschen Vermögen in Rumänien bestehen.

Am Geldmarkt war Tagesgeld wieder flüssig. Der offizielle Satz wurde auf 7/8 pro Mille herabgesetzt. Monatsgeld dagegen war stark verlangt mit 12 Prozent und höher.

Der Metallmarkt ist ruhig. Barrengold notiert 2,82, Platin in handelsüblicher Ware 15 pro Gramm. Feinsilber 94,80 pro kg.

Die Krise am Eisenmarkt hält an. Mit grosser Verwunderung ist der neueste Beschluss des deutschen Roheisenverbandes zu registrieren, den Roheisenpreis pro Tonne um durchschnittlich 2 Prozent zu erhöhen.

Die Produktmärkte waren sehr still. Infolge der unsicheren Auslandsmeldungen sind die Käufer besonders am Getreidemarkt sehr zurückhaltend; dabei drückt die zweite Hand sehr stark auf die Preise.

Am Fettmarkt ist eine Stagnation eingetreten, welche durch den Grosshandel noch verschärft wird, da dieser zu billigen Preisen abgibt.

Am Holzmarkt ist besonders bemerkenswert die seit Wochen anhaltende Hausse für Papierhölzer; trotz ausgiebigen Angebots auf den letzten Versteigerungen machte sich keineswegs eine Abnahme der Nachfrage bemerkbar, sodass das gesamte Angebot nunmehr als schwach zu bezeichnen ist.

Eröffnung der Freiburger Weinbörse.

Freiburg, 19. Febr. Programmässig ist heute vormittag 10 Uhr in den Sälen der „Harmonie“ die Weinbörse, die der Winzerverband veranstaltet hat, eröffnet worden.

Jahrgängen 1921, 22, 23 und 1924. Zahlreiche Gäste hatten sich eingefunden. Frhr. von Gleichenstein eröffnete die Veranstaltung mit einer Ansprache. Darin hob er zunächst auf die Notlage der badischen Winzer ab, die sich in den letzten Jahren gegenüber früheren Zeiten nur noch gesteigert haben.

Veranstaltungen.

Festhallekonzerte. Wer am kommenden Sonntag, dem 22. h. M., dem an diesem Tage herrschenden Festtagsstimmung entgegenkommen will, der komme in die Festhalle zum 2. humoristischen Konzert der Harmoniekapelle unter Leitung Hugo Rudolphs.

Der letzte Nachabend von Frau Darmstadt-Etern findet am Mittwoch (25. Februar), abends 8 Uhr, im Prinz-Regal-Palais, Karlsstr. 10, statt.

Dr. Fishers Musikalische Komödien geben für den Opernteil des Theaters etwa das, was für das Schauspiel die Kammerpiele bedeuten: Intime, nur wertvollste Meinungen in stilvoller Wiedergabe.

Die Produktionen der Freiburger Theatertruppe für den feinen hiesigen Vorleser sind in früheren Jahren als vortrefflich bekannt. Im übrigen werden wir noch auf die Veranstaltung zurückkommen und verweisen heute nur auf den Anzeigenteil in geistiger Nummer unserer Zeitung.

Geiteter Abend Heinz Steinberg. Der Münchener Meister des Humors, der sich in kürzester Zeit fast die ganze deutsche Presse erobert und einen zahlreichen Anhängerkreis geschaffen hat, wird am Samstag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, bei uns zum ersten Male einen heiteren Abend geben.

an dem sowohl Nachstige als auch literarisch vermehrte auf ihre Rechnung kommen werden. Die Vorbereitung hat die Konzeptionsdirektion Kurt Neufeldt übernommen.

Geschäftliches.

Wie aus dem in dieser Nummer erschienenen Inserat ersichtlich, eröffnet die Firma Otto Voemann & Co., Kaiserstrasse 88, Spezialhaus für Knaben-, Mädchen- und Jungmädchen-Bekleidung, ihre Ausstellung Samstag, den 21., und den Verkauf am Montag, den 23. Die Firma bringt große Sortimente aus allerersten Häusern der Branche in billigen und besseren Preislagen und ist die Auswahl eine erstklassige.

Hinweis.

Unsere heutige Beilage „Sterne und Blumen“ ist eine Illustrierte. Sie enthält zahlreiche Bilder von Rom, so u. a. die Engelsburg, das Forum Romanum und fünf meisterhafte Wiedergaben von römischen Springbrunnen.

Günstige Skisportverhältnisse im Hochschwarzwald.

Am Samstag, den 20. Febr. Zum erstenmal in diesem Winter bestehen seit vorgestern im gesamten höheren Schwarzwald vortreffliche Skisportverhältnisse. Neue Schneefälle haben die vorhandenen Schneelagen aufgeschichtet, dazu hat sich etwas stärkerer Frost eingestellt, außerdem hat der Westwind in einen kälteren nordwestlichen umgeschlagen.

Itzsee, Neustadt und umliegende Höhenzüge, das Hochschwarzwaldgebiet, Turner, Kandel und St. Margen melden 20-40 Ztm. Schneelage und gute Sportverhältnisse. Auch das Gebiet von Furtwangen berichtet reichlichen Neuschnee. Die Fahrwege zur Eiseck, nach Güttenbach, Neudorf, zur Brend und zum Raben sind tief beschneet.

Für Postabonnenten

ist es jetzt höchste Zeit, den Badischen Beobachter beim Briefträger oder direkt bei der Post zu bestellen, um eine Unterbrechung in der Zustellung und die Verzögerung von 20 Pfg. Verzugsgebühr an die Post zu verhüten.

Gottesdienst-Ordnung

- St. Stephanskirche. Sonntag, Montag und Dienstag: vierzigstündiges Gebet mit Beständen von morgens 6 bis abends 7 Uhr; Sonntag 10 Uhr und abends 6 Uhr, Montag u. Dienstag morgens 10 Uhr und abends 10 Uhr; Predigt durch den hochw. Herrn Dominikanerpater Wilhelm Hermes aus Dilsdorf; Dienstag abend 8 Uhr: feierlicher Schluss mit Tebeum. Sonntag: 8 Uhr: Hochamt mit Monatskommunion d. Diensthöfen; 7 Uhr: hl. Messe mit Monatskommunion des Müttervereins; 8 Uhr: Singmesse mit Predigt; 10 Uhr: Hochamt mit Predigt; 12 Uhr: Schülergottesdienst; 12 Uhr: Andacht zum Allerheiligsten Altarsakrament; 6 Uhr: Abendpredigt mit Segen. St. Vinzenzkrankenhaus. Sonntag: 1/2 7 Uhr: hl. Messe; 8 Uhr: Amt. St. Bernhardskirche. Sonntag: 6 Uhr: Frühmesse; 7 Uhr: hl. Messe mit Generalkommunion d. Müttervereins; 8 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; 10 Uhr: Predigt und Hochamt; 12 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; 1/2 3 Uhr: Christenlehre für die Junglinge; 1/2 4 Uhr: Versammlung des 3. Ordens; 4 Uhr: Versammlung der Hausangehörigen im Annahaus. St. Martinuskirche (Müntheim). Sonntag: 1/2 9 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; 2 Uhr: Andacht. Viebräunerkirche. Sonntag: 8 Uhr: Frühmesse; 7 Uhr: Kommunionmesse mit Monatskommunion der Frauen; 8 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; 10 Uhr: Hauptgottesdienst mit Amt und Predigt; 11 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; 12 Uhr: Christenlehre f. die Junglinge; 1/2 3 Uhr: Vesper.

- St. Bonifatiuskirche. Sonntag: 6 Uhr: Frühmesse; 7 Uhr: Kommunionmesse (Monatskommunion der Frauen); 8 Uhr: Singmesse mit Predigt; 10 Uhr: Hauptgottesdienst mit Predigt und Hochamt; 12 Uhr: Singmesse mit Predigt; 1/2 3 Uhr: Christenlehre für die Junglinge; 1/2 4 Uhr: Vesper; 8 Uhr: Versammlung des Müttervereins mit Predigt und Segen. St. Peter und Paulskirche. Sonntag: 8 Uhr: Frühmesse; Monatskommunion der Frauen; 8 Uhr: Generalkommunion d. Müttervereins; 8 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; 10 Uhr: Predigt und Hochamt; 12 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; 2 Uhr: Christenlehre für die Junglinge; 1/2 3 Uhr: Vesper. St. Michaelskirche (Weiertheim). Sonntag: 6 Uhr: Frühmesse; Monatskommunion der Frauen; 8 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; 10 Uhr: Predigt und Hochamt; 12 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; 2 Uhr: Christenlehre für die Junglinge; 1/2 3 Uhr: Vesper. St. Konradskirche (Telef.-Kaserne). Sonntag: 7 Uhr: Austeilung der heil. Kommunion; 1/2 10 Uhr: Fastenbrotbrief und deutsche Singmesse; 1/2 3 Uhr: Sühneandacht mit Segen. Heilig Kreuz (Anielingen). Sonntag: 1/2 7 Uhr: hl. Kommunion; 10 Uhr: Amt und Predigt; 2 Uhr: Christenlehre; 1/2 3 Uhr: Andacht zum allerhöchsten Sakrament, anschließend Rosenkranz als Bestunde. - Acher mittwochs: 8 Uhr: hl. Messe; darnach Austeilung der geweihten Äsche. Ganerstein. Sonntag: 8 Uhr: hl. Messe m. Predigt; 2 Uhr: Andacht zum allerhöchsten Sakrament. St. Geislerkirche (Darlenden). Sonntag: 1/2 7 Uhr: Kommunionmesse (Monatskommunion für die Männer); 8 Uhr: Frühmesse mit Predigt in der hl. Geistkirche; 10 Uhr: Predigt und Hochamt in der hl. Geistkirche; 11 Uhr: Christenlehre; 2 Uhr: Okabandacht zu Ehren des hl. Valentin mit Segen; 1/2 3 Uhr: Versammlung für den Mütterverein und 3. Orden mit Vortag und Andacht; dann Anbetungsstunden bis 5 Uhr. - Montag: 1/2 7 Uhr: hl. Messen im Schwesternhaus und hl. Geistkirche; 7 Uhr: Schülergottesdienst (Rosenkranzmesse für Magd. Dannenmaier). - Dienstag: 1/2 7 Uhr: hl. Messe für Magdalena Dannenmaier geb. Pferrer; 7 Uhr: hl. Messe für die Stifter der Fabrikanten der Pfarrei. - Mittwoch: 1/2 7 Uhr: hl. Messe für Jakob und Magdalena Dannenmaier; 7 Uhr: Schülermesse, dann Austeilung der geweihten Äsche. - Donnerstag: 1/2 7 Uhr: hl. Messe; 7 Uhr: S. Operant für Regula Verlich geb. Wid. - Freitag: 1/2 7 Uhr: hl. Messe; 7 Uhr: hl. Messe für die Pfarrgemeinde und Seelenamt für Valentin Pferrer. - Samstag: 1/2 7 Uhr: hl. Messe; 7 Uhr: 2 hl. Messen für Magdalena Dannenmaier geb. Pferrer. St. Michaelskirche (Weiertheim). Sonntag: 6 Uhr: Beichtgelegenheit; 1/2 7 Uhr: Frühmesse mit Monatskommunion der Männer und Junglinge; 8 Uhr: Deutsche Singmesse mit Verlesung des Fastenbrotbriefes; 10 Uhr: Hauptgottesdienst mit Verlesung des Fastenbrotbriefes und Hochamt; 11 Uhr: Kindergottesdienst mit Verlesung des Fastenbrotbriefes; 2 Uhr: Corporal Christi-Bruderschaft mit Segen, hernach Auslegung d. Allerheiligsten bis 6 Uhr; 6 Uhr: Rosenkranz in der Kapelle. St. Josefshilfe (Grünwinkel). Sonntag: 6-7 Uhr: Beichtgelegenheit; 7 Uhr: Frühmesse mit Monatskommunion für den Jugend- und Männerverein und euchar. Männerapostolat; 1/2 10 Uhr: Amt mit Predigt; 11 Uhr: Christenlehre für die Mädchen und Vorortausbildungsklassen; 2 Uhr: Andacht z. hl. Familie von Nazareth; 5 Uhr: Rosenkranz in der Kirche. St. Nikolauskirche (Müntheim). Sonntag: 6-7 Uhr: Beichtgelegenheit; 7 Uhr: Frühmesse; 9 Uhr: Amt mit Predigt; 1/2 2 Uhr: Christenlehre; 2 Uhr: Vesper.

- Dulach. Sonntag: 1/2 8 Uhr: Frühmesse; 1/2 10 Singmesse mit Predigt; 1/2 12 Uhr: Vesper. - Montag: beil. hl. Messe für Aug. Buz, Eheleute, und Sohn. Durlach. Samstag nachmittag: 4-7 Uhr Beichtgelegenheit für die Männer, Jungmänner u. Junglinge; 6 Uhr: Salveandacht zu Ehren der hl. Mutter Gottes. Sonntag: 6 Uhr: Beichtgelegenheit für die Männer, Jungmänner und Junglinge; 7 Uhr: Frühmesse und Generalkommunion für dieselben; 1/2 9 Uhr: Schülergottesdienst mit Predigt; 10 Uhr: Predigt und Hochamt; 11 Uhr: Christenlehre für die Mädchen; 2 Uhr: Vesper; 8 Uhr: Versammlung des Jugendvereins im St. Josefshaus. St. Kreuz (Gröningen). Sonntag: 5 Uhr: Beichtgelegenheit. - Sonntag: 7 Uhr: Beichtgelegenheit; 8 Uhr: hl. Kommunion; 1/2 10 Uhr: Predigt Amt; nachher Christenlehre; 1/2 3 Uhr: Bestunde vor ausgefertigtem Allerheiligsten. - Vertags: 1/2 8 Uhr: hl. Messe. Bidesheim. Sonntag: 6-8 Uhr: Auslegung des Allerheiligsten; 1/2 8 Uhr: Segensmesse; abends 1/2 7 Uhr: Segensandacht. - Montag: 6-8 Uhr: Auslegung d. Allerheiligsten; 1/2 8 Uhr: Segensmesse; abends 1/2 7 Uhr: Andacht. - Dienstag: 6-8 Uhr: Auslegung des Allerheiligsten; 1/2 8 Uhr: Segensmesse; abends 1/2 7 Uhr: Andacht. - Samstag: 1/2 7 Uhr: Wallfahrtsamt. Michaelsberg bei Unterrombach. Sonntag: 1/2 9 Uhr: Hauptgottesdienst; 1/2 10 Uhr: Liturgische Belehrung, Komplet, Bestunde vor ausgefertigtem Allerheiligsten, feierlich. Segen um 5 Uhr. - Acher mittwochs: 1/2 9 Uhr: Acherweiße und Choralamt. - Freitag: Wallfahrtsamt um 8 Uhr.

aus 750 Meter vorhanden. Unterjamm. Hundsed. Sand und umliegende Bergzüge berichten bei 15-20 Zentimeter gute Stöße. Die Höhen des Schichtkopfes tragen höhere Schneebeden. Die Stöße nach der Badenener Höhe ist gleichfalls sehr gut. Da der leichte Frost anhält, so dürften die Sportverhältnisse für Fastnacht günstig bleiben. Im einzelnen berichten:

Sand-Badenener Höhe: 10-20 Zentimeter Schnee, -1 kalt, Stibahn in höheren Lagen gut. Bewölkt. Aussicht auf weitere Schneefälle.

Gornisgrunde: -2 Kälte, 30 Zentimeter Schneehöhe. Sehr gute Stibahn bis Zimmerplatz und unterhalb Breitenbrunn.

Hundsed: -2 Kälte, 15-20 Zentimeter Schnee, pulveriger Neuschnee, gute Stibahn. Schneegrenze 700 Meter.

Unterjamm: -2 Kälte. Etwa 20-25 Zentimeter Neuschnee, trodener Pulverschnee, gute Stibahn bis auf 750 Meter.

Ruhestein: -2 Kälte, 25 Zentimeter Neuschnee, Pulverschnee; es schneit weiter. Stibahn gut bis 750 Meter; auf den Höhen bis 35 Zentimeter Schnee.

Kurwangen: -2 Kälte, 25 Zentimeter Neuschnee; Stf. und Rodelbahn gut.

Feldberg: Schneehöhe 90 Zentimeter, teilweise bis 1 Meter. -3 Kälte, Nebel, Schneefall.

pulveriger Neuschnee, Stibahn sehr gut bis Bärenstall.

Geraogenhorn: -3 Kälte, 1 Meter Schnee, Pulverschnee, Schneefall. Stibahn sehr gut.

Saldewirtshaus (Schauinsland): -3 Kälte, 75 Zentimeter Schneehöhe, Schneefall. Stibahn bis 700 Meter gut.

Neustadt-Fittisee: -1 Kälte, 10-25 Zentimeter Schneehöhe, Schneefall. Stf. und Rodelsport gut.

Friberg: Schneehöhe bis 25 Zentimeter in 800 Meter. Pulverschnee. Stf. und Eisport möglich. Leichter Frost, zeitweise Schneefall, wolfig.

Badische Landeswetterwarte.

Wetterbericht vom Freitag.

Ueber Norddeutschland lagern immer noch Reste der Zyklone, deren Zentrum rasch nach Lettland gezogen ist. Von nördlichen Gebieten zuströmende Kaltluftmassen haben weitere Temperaturerniedrigung gebracht. In Schweden herrscht strenger Frost. Die über ganz Baden verbreiteten Niederschläge fielen im Schwarzwald durchweg als Schnee. - Von der Atlantik kommend hat eine Zyklone die Westküste Frankreichs erreicht; ihr Einfluß wird sich aber erst in einigen Tagen bei uns geltend machen.

Voraussichtliche Witterung am Samstag: Wechsellend bewölkt, nur vereinzelt geringe Niederschläge, kühl, frischweiche leichter Nachtfrost, schwache westliche Winde.

Wasserstände des Rheins am 20. Febr., morgens 6 Uhr. Rehl 184, gef. 2; Maxau 357, gef. 5; Mannheim 255, gef. 9 Zentimeter.

Briefkasten der Redaktion. An S. H. hier. Nein! D. ist Katholik.

Karlsruher Stadesbuchauszüge.

Todesfälle. 18. Febr.: Max Girsch, Chemiker, 45 Jahre alt, Photograph; Gustav Stürzinger, Chemiker, 46 Jahre alt, Kaufmann. - 19. Febr.: Hedda Schneider, 48 Jahre alt, Ehefrau von David Schneider, Verwaltungsinспектор.

Gerausgeber und Verleger: Gadenia, A.-G. für Verlag und Druckerei, Direktor Wih. Jöhner, Karlsruhe i. B. Hauptvertriebsstelle: J. H. Meyer, Verantwortlich für den politischen Teil: J. H. Meyer, für Nachrichtenbericht und Feuilleton: Dr. S. H. Berger, für Lokales und Chronik: Fr. Kante, für Anzeigen und Postamt: Josef Gudenbach, sämtliche in Karlsruhe. Adressstraße 42. Notationsdruck der Gadenia, A.-G. Berliner A. d. Edition: Joh. Hoffmann, Berlin NW. 23, Behren-Platz 15.

Antliche Anzeigen.

Das Offenhalten der Freizeitsuben am Fastnachtstag betretend. Das Badische Gewerbeaufsichtsamt hier hat mit Entscheidung vom 18. Februar 1925 den Freizeitsuben und Perückenmachern gestattet, die Freizeitsuben am Sonntag, den 22. Februar 1925, in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags offen zu halten. Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß damit lediglich die Berechtigung der mit den genannten Gewerben zusammenhängenden Arbeiten gestattet worden ist, daß aber der Verkauf irgendwelcher Waren (Toilettenartikel, Fastnachtsartikel u. dergl.) auch in diesen Geschäften verboten ist. D. 3. 18 Karlsruhe, den 20. Februar 1925. 772 Badisches Bezirksamt - Polizeidirektion B.

Jagdverpachtung.

Bad. Forstamt Durlach verpachtet am Freitag, den 27. Februar 1925, vormittags 10 Uhr, auf seinem Geschäftszimmer in Durlach, Lurbergstraße 5, das Recht der Jagdausübung im Staatswald Hohenberg auf Gemarkung Böhligen mit 185 ha vom 1. Februar 1925 an auf 6 Jahre. Nachbedingungen liegen auf dem Forstamt zur Einsicht auf, auch erteilt Forstwart Volk in Böhligen nähere Auskunft. 147

Brauerei Fels über Fastnacht Märzenbier

Plannkuch Dörrobst Californische Pflanzen 90/100 Pfd. 36 Pfg. 80/90 Pfd. 42 Pfg. 70/80 Pfd. 52 Pfg. Birnschnitz Pfd. 35 Pfg. Kranzfeigen Pfd. 44 Pfg. Plannkuch

Husten Atemnot Verschleimung. Schreibe allen Leidenden umso gern, womit sich schon viele Tausende von ihren anderen Unannehmlichkeiten selbst befreien. Nur Rückmarke erwünscht. Walther Althaus, Dettigenstadt (Emsfeld) Gehalt und M. 10. bis 30. täglich verdienen bei Sandwirren und Viehhaltung ein einfaches Retreter. Gvt. Uebefgabe der Kreisdirektion. Ehnkz & Co., Berlin W 57, Bülowstraße 6

Tanz-Lehrinstitut J. Braunagel Ko. Jacks-Anlage 13 Telefon 3959 Beginn neuer Kurse Einzelunterricht jederzeit. Geil. Anmelde. jed. Unterrichtslokal: ob. Saal Hotel Nowack

Buderer Schweine-Schmalz gar. rein Pfd. 95 Pfg. und 105 Pfg. Cocosfett Pfund-Tafel 64 Pfg. Badöl la Liter 30 Pfg. Milchobst Pfd. 60 Pfg. und 78 Pfg. Pflanzen Pfd. 42 Pfg. und 52 Pfg. Dampf-Äpfel Pfd. 90 Pfg. Margh. Birnschnitz Pfd. 52 Pfg. 768 Buderer

Kathol. Bürgervereins-Vereinigung 'Constantia' Karlsruhe. Fastnachtsonntag, den 22. Februar, abends von 7 Uhr an Kostümball mit Tanzspielen in den oberen Räumen des Cafe Novad (Eingang Nowack's Anlage). Wir bitten unsere Mitglieder, sowie Freunde und Gönner der Gesellschaft ergebenst ein. Der Vorstand. NB. Masken und unauffällige Kostüme haben freien Zutritt.

Deutsche Bodenlese-Zeitung Auflage über 13000 5 Geschäftsstellen - über 90 Agenturen Konstantz am Bodensee. 151

Stammholzversteigerung. Bad. Forstamt Bruchsal versteigert am Mittwoch, den 25. Februar ds. Js., vormitt. 10 Uhr beginnend, im Gasthaus zum Wolf in Bruchsal aus dem Domänenwald Obere Lufharder Wdt. I. 15, 30, 43, 44, 58, 59, 68 und 82, Eichelberg Wdt. IV. 2, 4, 5 und 6. Stammholz: 22 im Hbu. Kl. III-V; 154 im Kbu. Kl. I-V; 218 im Gl. Kl. II-V; 45 im Erl. Kl. III-V; 7 im Sch. Kl. III bis V; 6 im AL, W. u. Douglasf. Kl. III bis VI und 165 im Jo. Wdg. Kl. I-III. Vorzeiger für Lufharder Oberforstwart Bog in Kronau und Oberforstwart Senger in Kirrlach, für Eichelberg Forstwart Höfner in Bruchsal. Losauszug und nähere Auskunft durch das Forstamt. 167

Brennholz-, Wellen- und Schlagraum-Versteigerung Die Stadtgemeinde Ettlingen versteigert in der Festhalle am Donnerstag, den 26. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr, aus Distrikt I. und II. Bergwald 33 Stier Buchen, 4 Stier Eichen, 100 Stier gemischt, 430 Stier Forlen und 2 Stier Eichen Nusschneitholz - 6000 Wellen und 10 Lose Schlagraum; am Freitag, den 27. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr, aus Distrikt III und V. Horberloch und Hardtwald 3 Stier Buchen, 6 Stier Eichen, 100 Stier gemischt, 490 Stier Forlen, 55 Stier Pappel und 4 Stier Eichen Nusschneitholz - 8000 Wellen und 40 Lose Schlagraum. 187 Ettlingen, den 19. Februar 1925. Der Bürgermeister.

Schlafzimmer-Bilder Preiswert bis über alle Maße. Einraumigen Schlafers Kunsthandlung. Matzerstr. 38

Inserate finden durch den Badischen Beobachter weiteste Verbreitung. Gar. rein erstl. Qualitäts-Bienenhonig (keine minderwertige Auslandsware) verlesen in Portionis von 1 1/2 Pfund an Großhändler E. G. Bach i. C. A. billig er. Preis auf Anfrage.

Met. Betten Stahlmatrazen Kinderbetten. di. okt. an Privat. Kat. log 748. ra. Eisenmöbel-fabrik, Suhl i. Thür.

Nußholzverkauf. Bad. Forstamt Huchenfeld in Pforzheim verkauft freihändig aus Staatswaldstücken I, II, III, IV, IX und XIV etwa 3000 im Nadelrundholz aller Klassen, darunter etwa 1000 im Forlen, unter neuesten Zahlungsbedingungen vom 22. XII 24. Schriftliche Angebote in ganzen Prozents der V. G. P. bis längstens Donnerstag, den 26. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr, an das Forstamt (Geschäftszimmer Forststraße 1, Fernsprecher 2151 Pforzheim) erbeten. Vorzeiger: Die Forstwärter Schuder und Martus in Huchenfeld, und Balfert in Neuhausen, sowie die Oberforstwärter von Lu in Huchenfeld und Sommer in Humberg. Losverzeichnis durch das Forstamt.

Nußholzverkauf. Das Forstamt St. Blasien verkauft freihändig unter den für die Holzverkäufe in den badischen Staatswaldungen üblichen Bedingungen 3000 Festmeter Nadelholz (Fichten mit einzelnen Tannen) in 23 Losen. In Prozenten der Landesgrundpreise gestellte Angebote werden bis Dienstag, den 3. März 1925, vormittags 11 Uhr, angenommen. Der Bieter bleibt 5 Tage an sein Gebot gebunden. Das Forstamt gibt nähere Auskunft und sendet Losverzeichnisse.

Augenkünstler kommt! Ich halte mich vom 26. bis 28. Februar in Karlsruhe auf, um Augen nach der Natur unter Anwendung der allerneuesten Technik, wie gro-ße Beweglichkeit, anzufertigen und einzupassen. Zu sprechen im Hotel Nassauer Hof, Kriegsstr. 88. 183 Carl D. Müller, Sena.

Colosseum Täglich 8 Uhr die grosse Revue CARNEVALS-TRÄUME

Ich habe eine glänzende Idee. Wenn Sie Ihr Leben gemütlicher gestalten wollen, dann beachten Sie mein Erscheinen genau. Das Nächstmal stelle ich mich Ihnen vor. Auf Wiedersehen!

Plannkuch Dörrobst Amerikanische Dampf-Äpfel Pfd. 90 Pfg. Californisches Milchobst Pfd. 60 Pfg. Californische Aprikosen Pfd. 1 30 von 1 M. an Plannkuch

Photo's für Fahrkarten und Offieren schnellstens 606 Rausch & Pester Photograph. Atelier Erbprinzenstr. 48

Elektrische Licht- u. Kraftanlagen Fachmännische Ausführung bei billigster Berechnung Reparaturen, Beleuchtungskörper, Bügeleisen. - Grosses Lager in Elektromotoren. - Hermann Martin, Rhe.-Beiertheim - Telephon 5235

Das Bankhaus Veit L. Homburger Karlsruherstr. 11 Karlsruhe Karlsruherstr. 11 Telefon: Orts-erkehr 25, 36, 4391, 4392, 4393 Fernverkehr: 4394, 4395, 4396, 4397 besor: alle in das Bankfach einschlagenden Geschäfte.

Die Schwimmhalle des städt. Vierorbades ist ab Montag, den 23. ds. Mts. jeweils Montag und Mittwoch vormittags von 9 bis 11 Uhr für Frauen geöffnet

Blumen" zahlreich burg, das e Wieder. Andere höherer als die süd- dem italie- dem Dolce itet wird. ugen die bootfahrer Wir sehen sein Boot ein enthält "Himmel-wei" und nd Humor

